

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colophonzeit für Arbeitslosige 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Worte eines alten Weltweisen

Erörtern wir, Vernunft anzunehmen? Ist es eine Schande, jemand aufzusuchen, bei dem man das lernen kann? Man glaube ja nicht, daß ein so hohes Gut uns von selbst zufalle. Mann muß sich darum bemühen, und wahrlich, die Mühe ist nicht so groß; nur muß man mit der Bildung und Besserung seiner selbst anfangen, ehe man im verkehrten Wesen hart geworden ist. Doch auch dann braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben; beharrliche Mühe, aufmerksame und gewissenhafte Sorgfalt überwinden alles. Ganz verkümmerte Bäume lassen sich gerade ziehen; Balken, die schief geworden, bringt man durch Wärme wieder in die rechte Richtung. Viel leichter aber nimmt die Seele eine Umformung an; denn sie ist ein biegsames Wesen.

Tugendhaft werden heißt Fehler ablegen. Um so mutiger muß man an das Werk der eigenen Besserung gehen, weil das Gute, das man errungen, beständig bleibt. Hat man die Tugend einmal in das Herz aufgenommen, so zieht sie nicht leicht wieder aus; aber der erste Zugang zu ihr ist steil, weil das Schwache, kranke Herz das fürchtet, was es noch nicht erprobt hat. Darum muß man sich selbst zum Anfang zwingen.

(Aus Senecas Briefen an Lucilius.)

### Unsere Werbearbeit und der Wahlkampf.

Deutschland bietet zurzeit ein Bild regen, ja erregten Lebens; sollen doch am kommenden 12. Januar die Neuwahlen zum Reichstag gefällig werden. Der heutige Wahlkampf wird wohl einer der heftigsten werden, die wir seit langer Zeit erlebt haben. Die Gründe liegen in der innerpolitischen Entwicklung und der dadurch verursachten Verschärfung der Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien. Den Nutzen aus dieser Sachlage zieht natürlich die Sozialdemokratie. Trotz alledem aber sind wir der Meinung, daß die sozialistischen Bäume vorläufig noch nicht in den Himmel wachsen.

Unsere christlichen Gewerkschaften stehen bekanntlich allen bürgerlichen Parteien objektiv gegenüber. Unser Programm verbietet uns, unsere Bewegung parteipolitisch zu engagieren. Diesem Grundsatz sind wir bisher stets treu geblieben und wir können und dürfen ihn auch in Zukunft nicht preisgeben. In unserer Bewegung haben sich Mitglieder der verschiedensten bürgerlichen Parteirichtungen zu gemeinsamer gewerkschaftlicher Arbeit verbunden, deshalb schon ist eine solche Zurückhaltung für uns geboten. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die einzelnen Mitglieder unserer Bewegung sich in ihrer bürgerlichen Partei betätigen und auch in diesem Sinne — natürlich außerhalb der Gewerkschaft — in den Wahlkampf eingreifen. „Dringend wünschenswert ist es jedoch“, so betont das Zentralblatt mit Recht, „daß unsere Mitglieder den politischen Kampf in einer Weise führen, welche das Zusammenarbeiten auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht beeinträchtigt. Insofern müssen wir eine gewisse Zurückhaltung beobachten. Unsere christlichen Arbeiter könnten dadurch wenigstens in etwa dazu beitragen, daß die politischen Wahlkämpfe nicht allzu sehr verrohren. Jeder Wahlkampf läßt sich positiv führen und braucht nicht in der Herunterreißerei und Schlechtmacherei des Gegners zu bestehen.“

Stellen wir so einerseits unsere christliche Gewerkschaftsbewegung nicht in den Dienst einer politischen Partei, so kann und muß doch andererseits der Wahlkampf für unsere Bewegung nutzbar gemacht werden. Der von seiner Sache überzeugte christliche Gewerkschaftler wird eben keine Gelegenheit unbenutzt vorbeigehen lassen, für seine Ideen neue Freunde und Anhänger zu werden. Diese Gelegenheit ist jetzt da und da heißt es für ihn, sie beherzt beim Schopfe zu fassen. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo unsere Mitglieder in ihren Parteien mit politisch gleichgerichteten Arbeitern und Angehörigen der verschiedensten anderen Stände die Wahlvorbereitungen treffen und dabei Gelegenheit haben, persönliche Verbindungen anzuknüpfen. Was legt da für den Gewerkschaftler näher, als den Arbeitskollegen, mit dem er so Seite an Seite für seine Überzeugung kämpft, auch als Mitkämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen. Ja, dem in seiner Partei tätig mitarbeitenden christlichen Gewerkschaftler ist es in vielen Fällen möglich, noch ein weiteres zu tun. Er wird es erreichen können, daß auch in den Versammlungen seiner Partei der christlichen Gewerkschaftsbewegung in empfehlender Weise gedacht wird. So ist denn gerade für den christlichen Gewerkschaftler diese Zeit des ungewöhnlich regen politischen Lebens die gegebene Gelegenheit, der christlichen Gewerkschaftsfrage neue Freunde zu erobern und der Bewegung neue Anhänger zuzuführen.

Diese Werbearbeit wird unsern Kollegen durch die offene Agitation der sog. „freien“ Gewerkschaftsrichtung für die sozialdemokratische Partei noch wesentlich erleichtert. Die sozialdemokratische Gewerkschaftspressung betreibt schon seit Jahren den Wahlkampf im Sinne der Sozialdemokratie mit einer Unerschrockenheit und Leidenschaft, die auch dem harmlossten den wahren Charakter dieser angeblich „freien“ Richtung entbehren mußte. Die bürgerlichen Parteien werden dort der Reihe nach in unwillkürlichen Leitartikeln verächtlich heruntergerissen, erschlagen — und die Sozialdemokratie als „einzigste Volkspartei“ in den Himmel erhoben. Je näher wir an den Wahltermin heranrücken, um so toller wird diese Ver-

leherungsucht alles Nichtsozialdemokratischen seitens der angeblich politisch neutralen „freien“ Organe. Zudem wird in zahllosen „freien“ Gewerkschaftsversammlungen Stellung zu den Reichstagswahlen genommen — natürlich nur zum Vorteil der sozialdemokratischen Partei und ihrer Kandidaten. Mit Hunderten und Tausenden werden die Gelder aus den „freien“ gewerkschaftlichen Kassen der sozialdemokratischen Partei zur Förderung des Wahlkampfes überwiesen. Das Stettiner „freie“ Gewerkschaftsblatt erhebt sogar zu diesem Zwecke einen Extrabeitrag von 50 Pfg. pro Mitglied und hofft auf diese Weise, der roten Wahlkassette 9000 M. zuzuführen zu können. Die Hamburger „freien“ Metallarbeiter stifteten zu diesem Zwecke aus Gewerkschaftsmitteln neuerdings erst wieder 10 000 M.; zahlreiche andere Fälle sind unsern Lesern zum Teil bekannt. Es würde hier zu weit führen, sie alle aufzuzählen und zudem kommen noch tagtäglich neue Fälle hinzu.

Bekanntlich besitzen sich aber in den sog. „freien“ Gewerkschaften noch eine Anzahl von Kollegen, die mit dieser Wahlagitiation für die Sozialdemokratie nicht einverstanden sind. Sicherlich auch nicht damit, daß ihre Beitragsgrößen der roten Parteikasse zugesandt werden. Politisch rechnen sich diese Kollegen nicht zu Sozialdemokratie. Aus irgend einem Grunde sind sie in die „freien“ Gewerkschaften hineingeraten. Zum Teil haben sie sich dem Trude oder der bekannten „entsprechenden Behandlung“ durch die „freien“ Parteipencheer fügen müssen, zum Teil, namentlich in Süddeutschland, mögen sie sich auch durch die hiesigen Neutralitätsmaßstäbe der Gewerkschaftsgewissen hinter Licht haben lassen. — Vielleicht fällt mancher letzteren Fall für unmöglich — und dennoch gibt es solcher Kollegen noch unglücklich viele. Das Endeziel der Sozialdemokratie erklären sie für Humbug, ihre Religionsfeindschaft weisen sie weit von sich — aber in blinder Vertrauensseligkeit lassen sie sich von den roten Agitatoren gängeln, wohin diese sie gerade haben wollen.

Jetzt, in der Zeit der hochgehenden politischen Erregung, hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung aber alle Rücksichten und auch den letzten beschränkten Rest des neutralen Scheins fallen lassen; ihr wirtschaftlich sozialdemokratischer Charakter tritt nun mit einer noch nie dagewesenen Aufdringlichkeit grell in die Erscheinung. Andererseits bringt es der Wahlkampf mit sich, daß auch derjenige, der sonst gern „seiner Ruhe haben“ will, aus seiner Bescheidenheit, aus seiner Gleichgültigkeit aufgereizt und zum Nachdenken gezwungen wird. Diese Gelegenheit darf der christliche Gewerkschaftler nicht für seine Aufklärungs- und Werbearbeit nicht entgehen lassen. Es müssen jetzt jenen Mitgliedern der sog. „freien“ Gewerkschaften, die mit dieser einseitigen Unterstützung der Sozialdemokratie nicht einverstanden sind, es ihrer politischen und religiösen Überzeugung nach gar nicht sein können, gründlich die Klugen geöffnet werden. Man halte ihnen vor, wie sie als Mitglieder dieser angeblich neutralen, „freien“ Gewerkschaften ihre Kollegen daran hergeben mußten, um sich nun bekämpfen und bekämpfen zu lassen, weil sie in politischer und religiöser Hinsicht eine eigene Überzeugung haben. Man zeige diesen Kollegen des weitern, eine wie große Gefahr sie durch diese großflächige und widersinnige Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung heraufbeschwören helfen. Ein Mann im wahren Sinne des Wortes wird es eben mit seiner Ehre nie und nimmer vereinbaren können, als Christ und Anhänger einer staatsverhaltenden Partei noch länger Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation zu sein.

Diese Aufklärungs- und Werbearbeit muß jetzt unverzüglich in Angriff genommen werden. Das läßt sich ganz gut mit der Agitation, die der einzelne für seine Partei leistet, verbinden. Es wäre vom Standpunkte des Gewerkschaftlers aus einfach eine unverzeihliche Nachlässigkeit, wenn unsere Kollegen diese, für die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Werbearbeit so günstige Zeit nicht nach Kräften für die weitere Stärkung unserer Bewegung ausnützen wollten. Namentlich auch uns Metallarbeitern kann diese Arbeit nicht schwer fallen; kommt uns doch das Organ des sozialdemokratischen Verbandes die „Metallarbeiterzeitung“, durch eine ganze Reihe von unverfälschten roten Agitationsartikeln entgegen. An Hand dieser Artikel ist es unseren Kollegen ein leichtes, auch dem Blindesten und Gleichgültigsten die Augen zu öffnen über den wahren Charakter dieser angeblich „freien“ Organisation. Aber auch mit denjenigen, die der Arbeiterbewegung, vor allem der Gewerkschaftsbewegung noch teilnahmslos gegenüberstehen, bringt uns die jetzige Zeit der politischen Erregung vielfach in nähere Berührung. Das ist wiederum eine Gelegenheit, die wir für unsere Bewegung nutzbar machen können und müssen. Der rechte Agitator wird sich nicht nur die für seine Sache günstigen Situationen zu schaffen verstehen, sondern er wird vor allem darauf bedacht sein, die von selbst gegebenen auszunutzen. Mögen unsere Kollegen allerorten durch die günstige Gelegenheit nicht verpassen. Nutzen wir nach Kräften den Wahlkampf zu eifriger Aufklärungs- und Werbearbeit für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung aus.

### Wirtschaftliche Aussichten.

Trotz der schlechten Gestaltung des Arbeitsmarktes im Oktober, die wir an anderer Stelle dieser Nr. gewürdigt haben, läßt sich in der Industrie nirgends ein Absinken bemerken. Ihr Stand ist vielfach so, daß man von einer sauberen Periode spricht. Es sind solche tatsächlichen Vorgänge, die sei hingestellt. Das aber ist sicher, daß sich

insbesondere unsere Spekulation darauf eingerichtet hat. Die Gefahren, die daraus entstehen können, werden vielleicht einmal später erörtert werden müssen!

In unserer Industrie hat sich der Rohisenmarkt vor allem gut entwickelt. Der Eisenerz-Rohisenmarkt hat seine Verkaufstätigkeit für 1912 aufgenommen zu Preisen, die — wie schon früher ausgeführt — eine nicht unbedeutliche Steigerung erfahren haben. Ein für Oberösterreichs Metallindustrie außerordentlich wichtiger Beschluß hat der Landes-eisenbahnrat gefaßt. Danach soll künftig für Eisenerz, die von den Österröhen nach Oberösterreich geführt werden, ein Ausnahmetarif eintreten. Die Frachtermäßigung ist eine nicht unbedeutende — sie beträgt pro Tonne 2 M. Durch diese Maßregel erhöht die oberösterreichische Eisenindustrie eine Vergünstigung, die wohl zu einer weiteren Belebung des Rohisenmarktes, der ja in letzter Zeit einen Aufschwung genommen hat, führen wird.

Im letzten Bericht wurde angeführt, daß sich der Versand des Stahlwerkzeugverbandes in W-Produkten gegen den September verringert habe. Das Gegenteil gilt für den Versand von B-Produkten. Betrug er im September 553 648 To. Rohschmelzgewicht, so im Oktober 598 212 To., d. h. 44 569 To. mehr. Noch bedeutender ist die Zunahme gegen den Oktober des Vorjahres, wo der Versand 487 490 Tonnen betrug. Der Oktober hat die höchste jemals erreichte Zahl aufzuweisen. Die größte Steigerung hat der Versand von Stabeisen erfahren. Er betrug im September d. J. 324 166 To., im Oktober dagegen 352 545 also 28 379 To. mehr. Im Oktober des Vorjahres war die Versandziffer 289 849 To.; der Stabeisenmarkt hat seit der Auflösung der Stabeisenkonvention einen ungeheuren Aufschwung genommen. Das wird am besten dadurch bewiesen, daß die Versendung von Januar bis Oktober 1910 — also zu einer Zeit, wo die Stabeisenkonvention bestand — 2 842 440 To. betrug, in der gleichen Zeit 1911 aber 2 104 456 To. mehr — nämlich 3 052 896 To. Die Entwicklung des Marktes ist eine so günstige, daß einzelne Werke sogar Aufträge ablehnen, da sie nicht so schnell überhäuft sind. Trotz der erhöhten Produktion konnten sich die Preise nicht nur halten, sondern sie sind noch beträchtlich gestiegen. Heute wird für Thomasstabeisen ab Oberhausen 107—110 M. bezahlt; es ist noch gar nicht lange her, daß der Preis unter 100 M. stand; neben den Inlandspreisen konnten sich auch die Auslandspreise heftigen. Auch die Marktlage für Schweißstabeisen ist günstig, der Grundpreis betrug 140 Mark.

An 2. Stelle steht die Vermehrung des Verbandes von Blechen. Im Oktober dieses Jahres kamen 101 828 To. zum Versand; im September waren es 93 060 To., wir haben also eine Steigerung von 8 868 To. Im Oktober des Vorjahres betrug die Versandziffer nur 78 934 To. also 22 844 To. weniger, als in der gleichen Zeit dieses Jahres. Die gegen das Vorjahr günstigere Gestaltung des Blechmarktes hat mit dem April d. J. eingesetzt. Seit dieser Zeit sind die Versandziffern fast ununterbrochen gestiegen. Die starke Nachfrage erhellt aus dem Umstand, daß von Januar bis Oktober dieses Jahres über 1 000 000 To. Bleche mehr zum Versand kamen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Markt in Grobblechen liegt nach wie vor außerordentlich günstig, großer Bedarf herrscht namentlich für den Schiffbau. Die für Stabeisen werden auch für Grobbleche lange Lieferfristen bedungen. Die Preise sind durchaus befriedigend, sie haben von der Grobblechvereinigung eine Erhöhung von 5 M. pro Tonne erfahren und betragen für Thomas-Grobbleche 128—130 M.; für Siemens-Martin-Grobbleche 128 M. Auch für Feinbleche liegt der Markt durchaus günstig bei befriedigenden Preisen.

Der Versand an Walzdraht betrug im Oktober 72 992 To. d. h. annähernd 4 000 To. mehr als im September und 12 060 To. mehr als im Oktober des verfliegenen Jahres. Der Walzdrahtmarkt liegt, was die abgesetzten Mengen betrifft, sehr günstig. In den ersten 8 Monaten 1910 wurden 601 718 To. versandt, in der gleichen Zeit d. J. 565 752 To., d. h. 264 034 To. mehr. Ein großer Teil des Mehrverbrauchs fällt auf den Auslandsabsatz. Die Preise sind die gleichen wie bisher.

Nicht unbedeutend ist der Absatz von Röhren gestiegen. Er betrug im Oktober d. J. 20 182 To., im September 17 708 To. und im Oktober des Vorjahres gar nur 13 371 To. Es ist kein Wunder, wenn der Röhrenmarkt heute — wenigstens was die Gas- und Eisenröhren betrifft — so schlecht liegt. Der Versand hat sich in den ersten acht Monaten dieses Jahres um über 50 Proz. gegen die gleiche Zeit des Vorjahres vermehrt. Von 100 236 To. ist er auf 155 286 To. gestiegen. Trotz dieser Sachlage hat Döhren neuerdings wieder einen Antrag auf Erhöhung der Beteiligungsquote beim Stahlwerkverband eingebracht, obgleich er mit 92 000 To. Beteiligung an erster Stelle steht. In letzter Zeit haben sich hin und wieder Ähnliche Bemerkungen gemacht, die eine, wenn auch keine Hoffnung auf Besserung der Preise berechtigt erscheinen lassen. Wenn sie sich aber verwirklichen soll, müssen die einzelnen Werke mit ihren billigen Angeboten zurückhalten — das gilt besonders für die Thüringischen, die ihre Produktion ungeheuer forciert haben. Aus welchen Gründen dies geschah, dürfte nach dem letzten Antrag beim Stahlwerkverband, der übrigens abgelehnt wurde, klar sein. Ueber die Lage der übrigen Sparten in der Metallindustrie ist kurz folgendes zu sagen: Der Halbzeugmarkt liegt sehr fest; stellenweise macht sich ein gewisser Mangel an Halbzeug bemerkbar. Entsprechend der Jahreszeit ist das Geschäft in Trägern und Formstein etwas ruhiger, doch immer



nach befriedigend, da die Bauartigkeit bei der milden Witterung bisher vielerorts keine Unterbrechung erfahren hat.

Die Lage der Maschinenfabriken war ja während des ganzen Jahres befriedigend - trotz mancherlei Klagen. Die Umsätze verschiedener Unternehmungen zeigen, mit wie großen Gewinnen teilweise gearbeitet wurde.

Die belgische Metallindustrie setzt ihre Aufwärtsbewegung fort. Die Roheisenproduktion betrug im Januar bis November 1 737 000 T.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

hat für die Arbeiter ein über alle Massen trauriges Ende gefunden. Die sozialdemokratische Berliner Zeitungs-Korrespondenz - eine Zeitschrift für Stimmungsmache und Volksbetörung - ist an der Arbeit, die erlittene Niederlage in einen Sieg umzuwandeln.

„Berlin, den 6. 12. 1911.

Die Niederlage der Berliner Formner - bei Licht gesehen - ist fertig. Offiziell wird man das ja nicht zugeben, weil ein Verhandlungsergebnis vorliegt.

Die Gastüre wurde aufgerissen, Fensterscheiben klickten und nun härmte alles auf Cohen ein. „Schuft“, „Lump“, „Beträger“, „Lügner“ und weiß Gott nicht die Ausdrücke, die fielen.

Dieser Brief ist nicht Bände. Er zeigt, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dort „Sieg“ erringt, wo er ein Scheitern seines ganzen Mitgliederbestandes hat.

In Berlin sind etwa 180 000 Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen beschäftigt. Davon sind im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband etwa 90 bis 95 000 organisiert.

Die Berliner Metallarbeiterschaft beurteilt, im Durchschnitt betrachtet, die Situation in der Metallindustrie aus der Arbeiterperspektive. Wie die Verhältnisse organisatorisch in Berlin liegen, so liegen sie nach ihrer Meinung für die sozialdemokratischen Verbände in ganz Deutschland.

Die Berliner Formner und Gießereiarbeiter, deren Zahl etwa 4000 beträgt, brachten nach Besserung ihrer Verhältnisse. Sie verlangten vor allem Einseitigkeit hinsichtlich Lohn, Arbeitszeit, Überarbeit und Festlegung der Urlaubsregelung.

Nach vier Wochen machten sich die Wirkungen des Streiks bemerkbar. Viele Arbeiter mussten infolge Gutmangels entlassen werden. Am 6. November schlossen die Industriellen ihren Arbeitsnachweis.

Am 17. November beschloss die Industriellen, 60% der bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu entlassen. Daraufhin wurde, wie der 2. Bevollmächtigte des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes, Handtke, in einer Versammlung der Monteurs aus dem Schmarzschischen Schmarzschinerbau, die am 7. Tag, mitteilte, von Schliche um Wiederaufnahme der Verhandlungen beim Industriellenverband nachgehakt.

Der § 1 der Vorlage, der die 9 stündige Arbeitszeit für Formner, 9 1/2 stündige für Kernmacher und Puffer und eine 10 stündige Arbeitszeit für Hilfsarbeiter vorsieht, wurde als eine Kopie der Teilklassen-Anordnung der bürgerlichen Gesellschaft, gegen welche die Sozialdemokratie doch sonst zu Felde zieht, gebrandmarkt.

Es sei eine Schmach, daß der 500 000 Mitglieder zählende Deutsche Metallarbeiterverband den Arbeitern so etwas zu bieten wagt, und daß der Vorwärts durch entsprechenden Jettendruck bestrebt ist, den Wechselbalg von Vorlage den Formnern und Gießereiarbeitern schmachtast zu machen.

Gingabe der Ordonnanz gegen des christlichen Metallarbeiterverbandes an das Direktorium der Firma Friedrich Krupp A.G. Essen-Ruhr.

Es wird durchaus anerkannt und ist auch bisher von uns gegenüber den Arbeitern stets hervorgehoben worden, daß der Durchschnittslohn der auf der Gußstahlfabrik beschäftigten Arbeiter mit an erster Stelle bei in Deutschland erreichten Löhne steht.

Steigerung von 9 und im Jahre 1910 eine Steigerung von 15%) erfuhr, gingen die Lebensmittelpreise in dem gleichen Zeitraum ungleich schneller in die Höhe, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist.

Nach dem im ersten Teil des Jahresberichtes 1910 der Essener Handelskammer veröffentlichten Nachweisungen der Krupp'schen Konsumanstalt betragen die Preise der wichtigsten Lebensmittel:

Table with 4 columns: Item, 1906, 1910, and % change. Items include Schwarzbrot, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schmalz, Naturbutter, Margarine, Weizenmehl, Grießmehl, Buchweizenmehl, Erbsen, Graupen, Reis, Nudeln, Käse (holl.), Milbenkraut, Kaffee, Salz, Pfannnen, Zucker, Kernseife, Nisfallseife, Kartoffeln, and Kohlen.

Während somit die Preise aller vorstehenden Artikel teils nicht unerheblich stiegen, war nur bei nachstehenden 6 Artikeln ein Sinken der Preise zu verzeichnen.

Table with 4 columns: Item, 1906, 1910, and % change. Items include Schweinefleisch, Wetztrumpf, Speck, Hammelfleisch II, Bohnen, and Linsen.

Außerdem sei in diesem Zusammenhange noch an die Steigerung der Mietpreise erinnert. Es darf ferner zur Beurteilung der Lohnverhältnisse darauf hingewiesen werden, daß die Notwendigkeit einer Erhöhung des erst im Jahre 1906 erneut festgesetzten ortsüblichen Tagelohnes, der für erwachsene männliche Arbeiter M. 3,40 beträgt, sich herausgestellt hat.

Table with 4 columns: Profession, Salary, Date, and Amount. Professions include Maurer, Bauhilfsarbeiter, Stukkateure, Puffer, Zimmerer, Dachbeder, Schreiner, and Arbeiter über 20 Jahren.

Hierbei muß leider festgestellt werden, daß die bei der Firma Krupp beschäftigten Arbeiter vorstehender Berufe vielfach diesen Lohn nicht erhalten.

Zu Berücksichtigung und voller Würdigung des Umstandes, daß vorstehende Lohnsätze von einer Anzahl Krupp'scher Arbeiter überschritten werden, ist doch auch die Tatsache festzustellen, daß ein verhältnismäßig großer Teil der Krupp'schen Arbeiter, sowohl gelernter, wie ungelerner, diese Höhe nicht erreicht.

Bei voller Würdigung der im großen und ganzen auf der Gußstahlfabrik gezahlten Löhne, glauben wir doch im Interesse der Gesamtheit dem Direktorium der Firma Krupp das dringende Ersuchen vorzutragen zu müssen:

An die einzelnen Ressorts eine Anweisung dahingehend zu erlassen, daß erwachsene ungelernete Arbeiter nicht unter 40 Pfg. und erwachsene gelernte Arbeiter nicht unter 50 Pfg. pro Stunde erhalten, die dann selbstverständlich bei größerer Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit entsprechend gesteigert werden müssen.

Wir erkennen durchaus nicht, daß eine, alle Beteiligten zufriedenstellende Regelung der Akkordpreise zu den schwierigsten Aufgaben gehört, die in allen Industrien, besonders aber in der Metallindustrie, noch gelöst werden müssen.

\*) muß heißen 7 Pfg.



Neuenden Zustand ist, beweist wohl am besten die allen Kennern der Verhältnisse bekannte Tatsache, daß durch nicht mehr Erbitterung in die Arbeiterklasse hineingetragen wird, wie gerade durch die leider bisher übliche einseitige, ohne Anhörung des betreffenden Arbeiters erfolgende Festsetzung der Arbeitspreise durch die unteren Aufsichtskräfte, und die fortgesetzte einseitige Reduzierung derselben. Im § 3 der Arbeitsordnung für die Gussstahlfabrik der Firma Dr. Krupp A.-G. in Essen wird ausdrücklich bestimmt:

„Der Arbeiter erhält dagegen für jeden Arbeitstag den bei seiner Annahme oder später festgesetzten Tag- oder Schichtlohn und im Falle der Uebertragung von Arbeitsarbeiten den bei der Festsetzung des Lohns vereinbarten Arbeitslohn.“

Es wird also ausdrücklich im Gegensatz zum Schichtlohn, der vom Vorgesetzten „festgesetzt“ wird, von einem „vereinbarten“ Arbeitslohn gesprochen. Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, kann dies nur bedeuten, daß der für die Festsetzung und Bearbeitung der einzelnen Arbeitsstücke zu zahlende Preis von dem bei der Festsetzung beteiligten Faktoren, dem Arbeitgeber resp. dessen Stellvertreter einerseits und dem Arbeitnehmer andererseits, vereinbart werden sollen. Während die Betriebsleitungen und die übrigen in Frage kommenden Organe für die Durchführung und strikte Einhaltung der sonstigen Bestimmungen der Arbeitsordnung peinlichst besorgt sind, haben wir leider bisher keinen Fall festgestellt können, wo die Organe der Firma auch der oben angeführten Bestimmung der Arbeitsordnung, falls sie von einem Angestellten der Firma verlegt worden war, Geltung verschafft hätten. Dazu kommt ferner, daß bereits festgesetzte Arbeitspreise recht häufig ohne irgend welchen ersichtlichen Grund von den Vertretern der Firma, Meistern u. dergleichen werden und zwar häufig in einem solchen Maße, daß es davon betroffenen Arbeitern unmöglich wird, einen den Zeit- und sonstigen Verhältnissen entsprechenden Lohn herauszuschlagen. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß diesem zuletzt angeführten Verfahren, der überwiegend größte Teil der unter den Kruppischen Arbeitern vorhandenen Mißstimmung zuzuschreiben ist. Die in einzelnen Betrieben angestellten Kontrollanten, die die Arbeitspreise kontrollieren sollen, und häufig die Veranlassung waren, daß Arbeitspreise reduziert wurden, haben sich selbst schon veranlaßt, zuzugeben, daß ein Arbeitspreis so stark reduziert war, daß es dem betreffenden Arbeiter unmöglich war, einen auskömmlichen Lohn zu verdienen. Als im Frühjahr 1906 von einer Anzahl Betriebsverfassungen Kommissionen gewählt wurden, die die Wünsche der betreffenden Arbeiter auf dem vorgeschriebenen Instanzwege dem Direktorium der Gussstahlfabrik unterbreiten sollten, ist einigen dieser Kommissionen, die auch die Frage der Arbeitsregulierung angeschnitten hatten, von dem damaligen Herrn Direktor H. u. d. e. geantwortet worden, daß einmal bestehende Arbeitspreise nicht mehr reduziert werden sollten. Trotz und alledem wissen alle Kruppischen Arbeiter ganz genau, daß, sobald ein bestimmtes Maximum an Lohn, das noch dazu in allen Betrieben ein äußerst verschiedenes ist, überschritten wird, unweigerlich Arbeitspreduzierungen vorgenommen werden. Nicht häufig bedarf es nicht einmal einer derartigen Veranlassung, um sogenannte Arbeitspreduzierungen vorzunehmen, die dann gleichbedeutend mit erheblichen Arbeitspreduzierungen sind. Unzweifelhaft ist die Geltung eines modernen industriellen Wertes, wie die Firma Krupp, in sehr hohem Maße auf die Arbeitsproduktivität der beschäftigten Arbeiter angewiesen. Aus diesem Grunde glauben wir, im Interesse der Allgemeinheit, besonders aber der beim Arbeitsprozeß beteiligten Faktoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu handeln, wenn wir mit dazu beitragen, gerade die Frage der Arbeitsregulierung auf eine gesunde Grundlage zu bringen. Deswegen erlauben wir uns bezüglich der Arbeitspreduzierung folgende Regeln vorzuschlagen:

- 1. Die Vereinbarung des Arbeitspreises erfolgt vor Beginn der Herstellung des betreffenden Arbeitsstückes.
2. In jeder Werkstelle wird eine Liste, resp. ein Buch mit den gangbaren Arbeitspreisen offengelegt oder ausgehängt und hat jeder Arbeiter das Recht, Einsicht von den seine Arbeit betreffenden Arbeitspreisen zu nehmen.
3. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird das betreffende Stück in Schichtlohn hergestellt. Die Höhe des Schichtlohnbedarfes beträgt 5 Proz. weniger, wie der Durchschnittslohnbedarf des betreffenden Arbeiters im vorausgehenden Vierteljahr, aber nicht unter 5.- Mark pro Tag.
4. Einmal vereinbarte Arbeitspreise dürfen nur reduziert werden, wenn entweder eine Verbesserung des Materials, der technischen Einrichtungen, und der Fabrikationsmethode vorgenommen wird oder aber die Firma glaubhaft nachweist, daß ein Fehler in der Kalkulation unterlaufen ist.
5. In den Feuerbetrieben wird das Quantum bezahlt, das die Arbeiter verarbeitet haben. Fehl- und Bruchstücke dürfen nur dann abgezogen werden, wenn die Arbeiter ein Verschulden trifft.
6. Der Lohn etwa fehlender Arbeiter wird auf diejenigen verteilt, die die Arbeit für die Fehlenden mit zu leisten haben.

Durch die Anwendung obiger Grundsätze würde vor allen Dingen ein heute noch viel beklagter Mißstand beseitigt werden, nämlich der, daß sehr viele Arbeiter vor Schluss der Lohnperiode nicht einmal wissen, was sie verdient haben, auch gar nicht in der Lage sind, mit dem verdienten zu nehmen, was sie in der Lohnliste vorfinden. Wir sind überzeugt, daß dieses Verfahren nicht den Interessen der Arbeiter entspricht. Es kann aber jederzeit betreten werden, daß diese Dinge auf der Gussstahlfabrik noch häufig vorkommen. Die entsprechende Anwendung der obigen Grundsätze auf die in den einzelnen Betrieben vorhandenen Arbeitspreiskarten dürfte ja dann noch der Beseitigung mit den einzelnen Arbeitern. Noch einem Wunsch der in Betracht kommenden Arbeiter glauben wir an dieser Stelle Ausdruck geben zu müssen, nämlich — die Einschränkung des sogenannten Lohnsystems. Die Betriebsleitungen einiger Betriebe haben ja diesen Weg bereits beschritten und ist wohl dadurch der Beweis erbracht, daß die Möglichkeit zur Ueberwindung der entgegenstehenden Schwierigkeiten besteht. Wenn wir auch nicht behaupten wollen, daß bei Durchführung der obigen Grundsätze, alle beklagten Mißstände auf dem Gebiete des Arbeitspreises endgültig beseitigt werden, so glauben wir doch annehmen zu dürfen, daß damit eine geeignete Grundlage geschaffen würde, auf der weitergebaut werden müßte. Gerade hier liegt im einschneidenden Zusammenhang beider Kontrahenten des Arbeitsvertrages die beste Gewähr für eine friedliche, beiden Teilen gerecht werdende Lösung dieses schwerigen Problems. Aus diesem Grunde

erzuchen wir, in eine eingehende Prüfung unserer Vorschläge einzutreten. (Fortsetzung folgt.)

### Aus dem Geschäftsbericht der Firma Krupp.

Der Geschäftsbericht 1910/11 der Firma Friedr. Krupp Aktiengesellschaft zu Essen hat dieser Tage die Genehmigung der ordentlichen Generalversammlung gefunden. Mit welchen Riesenzahlen unsere modernen Großbetriebe rechnen, ersehen unsere Kollegen aus folgenden Angaben, die wir der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ entnehmen:

Das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1910/11 erbrachte 40 778 008 M. (i. V. 32 737 487 M.) Betriebsüberschüsse, 5438 M. (0) Zinsen und 2 317 587 M. (3 001 947 M.) verschiedene Einnahmen. Demgegenüber waren zu zahlen 3 736 850 M. (3 855 747 M.) Steuern, 0 M. (781 903 M.) Zinsen, 4 223 677 M. (4 354 100 M.) für Arbeiterversicherung und wurden 6 428 241 M. (5 482 366 M.) Woffahrtsausgaben gemacht. Es ergibt sich somit ein Gewinn von 28 712 265 M. (21 265 308 M.), der sich um 163 929 M. (171 886 M.) Vortrag aus dem Vorjahre auf 28 876 194 M. (21 437 194 M.) erhöht. Aus dem Gewinn wurden verwendet für: Gewöhnliche Dividende 1 435 613 M. (1 063 265 M.), Zinsen über 10 Proz. (i. V. 10 Proz.) = 18 000 000 M. (18 000 000 M.), Lantime des Aufsichtsrates 210 000 M. (210 000 M.), Zuzahlung an die Sonderrücklage 2 000 000 M. (1 000 000 M.), außerordentliche Zuzahlungen für Pensionslasten 1 000 000 M. (1 000 000 M.), außerordentliche Ueberweisung an den Reservefonds 2 000 000 M. (0), Vortrag auf neue Rechnung 4 230 580 M. (163 929 M.)

Der Mehrertrag kommt demnach mit einer Verdoppelung der Zuzahlung der Sonderrücklage, mit einer außerordentlichen Ueberweisung dem Reservefonds und mit über 4 Millionen Mark der Erhöhung des Vortrages auf neue Rechnung zugute. Die Direktion bemerkt dazu: „Wir empfehlen, der Sonderrücklage einen Betrag von 2 000 000 M. zuzuwenden. Ferner halten wir es im gegenwärtigen Zeitpunkt für angezeigt, neben einer höheren Bemessung des Vortrages auf neue Rechnung, den allgemeinen Reservefonds durch eine außerordentliche Zuzahlung von 2 000 000 M. zu verstärken.“ Auf den am 30. Juni 1911 mit 207 871 971 M. bewerteten Bestand an Immobilien wurden 19 508 492 M. (18 884 881 M.) abgeschrieben. Nach Übernahme dieser Abschreibungen figurieren die Immobilien in der Bilanz per 30. Juni 1911 mit 188 363 480 M. (190 422 224 M.). Ferner trifft die Bilanz auf unter: Wertpapiere und Transportmittel 9 877 771 Mark (10 713 459 M.), Vorräte, halb- und ganzfertige Waren 160 771 698 M. (147 397 177 M.), Patente und Marken 2 M. (2 M.), Kasse, Bankguthaben und Wechsel 58 116 484 M. (36 011 450 M.), Wertpapiere und Beteiligungen 66 887 607 M. (59 062 702 M.), sonstige Debitoren und öffentliche Sparkassen 37 195 592 Mark (39 374 527 M.), Kautionswechsel und Waale 7 030 503 Mark (4 931 178 M.); unter Passiva: Aktienkapital 180 000 000 Mark (180 000 000 M.), Ges. v. l. Rücklage 6 445 964 M. (5 382 639 M.), Sonderrücklage 14 000 000 M. (18 000 000 M.), Anleihen 55 945 410 M. (57 223 760 M.), Reserve- und Garantiefonds 9 112 894 Mark (8 941 238 M.), Depositionen von Werksangehörigen 37 440 406 M. (35 832 137 M.), Anzahlungen 135 582 721 M. (116 321 350 M.), sonstige Kreditoren 51 808 105 M. (45 743 192 M.), Kautionswechsel und Waale 7 030 503 Mark (4 931 178 M.), Gewinn einschl. Vortrag 28 876 194 M. (21 437 194 M.). Von den Wertpapieren und Beteiligungen entfallen auf festverzinsliche Wertpapiere 52 538 398 Mark, andere Wertpapiere und Beteiligungen 14 349 209 M.

Die bei der Firma bestehenden Pensionskassen für Beamte und Arbeiter stehen in abgesonderter Verwaltung; das in mißbilligsten Verden angelegte Vermögen dieser Kassen im Nominalbetrage von 41 269 650 M. läuft daher nicht auf der Bilanz der Firma. Die Guthaben bei den öffentlichen Sparkassen im Betrage von 6 209 407 M. dienen zur Deckung der Einlagen bei der Spareinrichtung. In den sonstigen Debitoren von 30 986 185 M. sind enthalten: Guthaben für Lieferungen 23 729 730 M., Abschlagszahlungen an Lieferanten usw. 1 947 075 M. Hinsichtlich der Verbindlichkeiten bemerkt der Bericht, daß die drei Anleihen der Firma mit folgenden Beträgen ausstehen: Anleihe von 1893 im Betrage von 24 Millionen M. mit 13 891 500 M., Anleihe von 1901 (zu 102 rückzahlbar) im Betrage von 20 Mill. M. mit 17 054 910 M., Anleihe von 1908 im Betrage von 50 Mill. M. mit den bisher bezogenen 25 000 000 M. In den 51 808 105 M. Kreditoren sind enthalten: Forderungen von Lieferanten 9 952 004 M., Fonds für Unterstützungen u. s. w. 10 595 481 M., Löhne, Frachten, Zölle, Anleihezinsen, Restkaufgelder und andere am Jahreschluss noch nicht fällige Verbindlichkeiten 22 439 994 Mark. Unter den Aufsichtsratsmitgliedern wird neu als Freiherr von Wilmowski, Regierungsdirektor, Kronenwald, Berlin, aufgeführt.

### Der Arbeitsmarkt im Oktober.

Die fortwährenden Berichte über den Aufschwung des Wirtschaftslebens haben eine eigentümliche Illusionierung durch die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Oktober erfahren. In das Reichsarbeitsblatt berichteten 745 Arbeitsnachwächse. Bei diesen sind für männliche Arbeitsuchende 370 000 Gesuche eingelaufen, denen 243 000 offene Stellen und 203 000 Vermittlungen gegenüberstehen. Im Vormonat waren es 345 000 Gesuche, 260 000 offene Stellen und 209 000 Vermittlungen. Im Oktober sind also 25 000 Gesuche mehr eingelaufen als im September. Trotz dieser Vermehrung hat sich die Zahl der offenen Stellen um 17 000, die der Vermittlungen um 6000 vermindert. Dasselbe ungünstige Bild ergibt sich bei den weiblichen Arbeitskräften. Im Oktober liefen 85 000 Gesuche ein, denen 74 000 offene Stellen und 51 000 Vermittlungen gegenüberstehen. Die Zahl der Gesuche ist gegen den September gleich geblieben, dagegen haben die offenen Stellen um die Vermittlungen stark abgenommen und zwar die ersteren um 15 000, die letzteren um 4000.

Noch deutlicher als diese Zahlen erweisen die Relativzahlen die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes. Demnach kamen im Oktober auf 100 offene Stellen 152 Arbeitsgesuche gegen 133 im September. Im Oktober 1910 entfielen auf 100 offene Stellen 162 Gesuche. Aus diesen Zahlen für männliche Arbeitsuchende geht die Verschlechterung gegen den Vormonat deutlich hervor. Zimmerhühn stellt sich der Markt noch besser als gegen das Vorjahr. Anders verhält es sich bei den weiblichen Arbeitskräften. Hier kamen im Oktober 1911 auf 100 offene Stellen 114 Arbeitsuchende, im Oktober 1910 104 und im September d. J. 114. Der Arbeitsmarkt weist also nicht nur eine Verschlechterung gegen den Vormonat, sondern — was viel schlimmer ist — auch eine solche gegen den Oktober des Vorjahres auf. Für verschiedene Berufe trifft dieses Verhältnis für den gesamten Arbeitsmarkt zu — im neuen hier die Gruppen der Maschinen-, Feiler und Fabrikarbeiter ohne nähere Be-

zeichnung. In der Metallindustrie kamen auf 100 offene Stellen im Oktober 187 männliche Arbeitsuchende, im Vormonat nur 163. Eine starke Verschlechterung nach der unglücklichen Seite ist also hier eingetreten; gegen den Oktober des Vorjahres weist der Berichtsmonat immer noch eine bessere Gestaltung auf, denn dort kamen 211 Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen. Ganz unglücklich hat sich das Verhältnis für die weiblichen Arbeitskräfte in unserer Industrie entwickelt. Während im September d. J. auf 100 offene Stellen 112 Gesuche kamen und im Oktober 1910 102, so im Oktober 1911 153. Gegen den Vormonat (sowohl als auch gegen den entsprechenden des Vorjahres) ist also eine recht bedeutende Verschlechterung eingetreten.

Für die Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen u. s. sind insgesamt 78 928 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 43 249 offene und 36 804 vermittelte Stellen gegenüberstehen. Im September waren es 8 493 Arbeitsgesuche weniger, die offenen und vermittelten Stellen betragen 41 827 und 34 733.

Die geschilderte Lage des Arbeitsmarktes ist alles andere als günstig. Für unsere Kollegen muß das eine Mahnung sein, nun ihre Beschäftigung zur Stärkung unseres Verbandes zu verdoppeln. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß nur die Arbeiterklasse gut organisierter Berufe bei rückläufiger Konjunktur gegen Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschützt ist.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Vereinbarungen unseres Verbandes mit den christlichen Bruderverbänden Österreichs und der Schweiz.

Zwischen den Christl. Metallarbeiterverbänden Deutschlands, Österreichs und der Schweiz wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

- § 1. Die Mitglieder werden bei Verlegung ihres Wohnortes in das Gebiet eines der genannten Verbände ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes aufgenommen, wenn dieselben sich in ihrer bisherigen Organisation ordnungsgemäß abgemeldet und ihre Beiträge voll bezahlt haben. Die Frist zur unentgeltlichen Aufnahme darf vom Tage der Abmeldung bis zur Neuanmeldung vier Wochen nicht übersteigen.
§ 2. Die nach § 1 übergetretenen Mitglieder haben nach Maßgabe ihrer früheren Mitgliedschaftsbauer und der geleisteten Beiträge Anspruch auf die Unterstützungen des Verbandes, zu welchem der Uebertritt erfolgt ist.
§ 3. Die Reiseunterstützung wird von dem Orte an bewilligt, in welchem der Uebertritt erfolgt, und durch Enttragung in das Mitgliedsbuch vermerkt wurde.
§ 4. Bei Streiks und Lohnbewegungen verpflichten sich die Verbände — wo solches erforderlich und gewünscht ist — Zuzug von Arbeitern zu den Streikgebieten fernzuhalten, und sind Bemerkungen hierzu in den Verbandsvorgängen bekannt zu geben.
§ 5. Uebergetretene Mitglieder können ihre früheren Mitgliedsbücher zum Quittieren der Beiträge und Unterstützungen im Gebrauch behalten, doch sind den übergetretenen Mitgliedern die Statuten des betreffenden Verbandes einzuhändigen.
§ 6. Dieser Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Die Kündigung beträgt 3 Monate und kann dieselbe von jedem der beteiligten Verbände zum 1. Oktober des betreffenden Kalenderjahres erfolgen.

- Für den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands: Wieser, Duisburg.
Für den christlichen Metallarbeiterverband Österreichs: Theodor Hummelbrunner, Wien.
Für den christlichen Metallarbeiterverband der Schweiz: Widmer, Zürich.

#### Ein gerichtliches Nachspiel zur Reichsversicherungs-Ordnung.

Nachträglich der Beratung und Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung hatte die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ in Essen in mehreren Artikeln die ehrenrührigsten Vorwürfe gegen die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag erhoben. Letztere beschritten deshalb den Klageweg. Am 28. November kamen drei hiesige gerichtliche Beschuldigungsprozesse am Schöffengericht Essen zur Verhandlung und endeten alle mit einer Verurteilung des verantwortlichen Arbeiterzeitungs-Redakteurs Neumann.

Die erste Klage hatten die Hg. Giesberts, Becker und Behrens angestrengt wegen eines Artikels vom 23. Mai, in dem ihnen wegen ihrer Zustimmung über die Herabsetzung der Altersgrenze in der Unfallversicherung vorgeworfen wurde, sie hätten sich „zur Verschleierung ihres arbeiterverräterischen Tuns das durchsichtige Unannehmbar der Regierung bekehrt“. Urteil 40 M. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis der Kläger.

Die zweite Klage war erhoben von den Abgeordneten Beder, Behrens und Dr. Fleischer wegen eines am 1. Juni veröffentlichten Artikels, in welchem sie als „Arbeitervertreter“ und „getreue Verbündete des schamlosen macherischen Großkapitals“ bezeichnet wurden, die der „Absicht des Arbeiterverrats treu gediehen“ seien. Urteil: 150 Mark Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis der Kläger.

Die dritte Klage, welche vom Abgeordneten Behrens angestrengt war, gründete sich auf einen Artikel, in welchem ihm wegen seiner Zustimmung über die Festsetzung der Wochenruhenunterstützung für Landarbeiterinnen „Schurkerei“ vorgeworfen worden war. Urteil: 150 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis des Klägers.

Der Beklagte hatte als Verteidiger den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank und als Zeugen den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hg. Wolfenbücher eigens von Berlin kommen lassen, um die Kläger zu überführen, was jedoch vollständig mißlang. Wolfenbücher sollte insbesondere nachweisen, daß sich die christlichen Arbeitervertreter bei der Regierung ein „Unannehmbar“ bezüglich des Vortages auf Herabsetzung des Rentenbezugsalters von 70 auf 65 Jahre „bekehrt“ hätten. Auf die Frage, ob er etwas davon wisse, gab er die nichtssagende Antwort, daß „man ihn bei derartigen Verhandlungen ja wohl nicht hinzuziehen würde“; auf die weitere Frage aber, ob er denn irgendwelche Anhaltspunkte für eine derartige Annahme habe, mußte er mit einem glatten „Nein!“ antworten. Fehlt es nicht an den übrigen Verurteilungen zu erörtern. Der Ausgang dieses gerichtlichen Nachspiels ist ein erneuter Beweis dafür, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten bei der Reichsversicherungsordnung die Interessen des arbeitenden Volkes nach bestem Wissen und



**Wesentliche Erscheinungen**

hat die Entwicklung des Tarifvertragswesens insofern geregelt, als die sozialdemokratischen Verbände ihre Majorität dazu nutzten, gegenwärtige Mindesttarifbestimmungen auszuscheiden und wo eben möglich Arbeitsmonopole für die eigene Richtung zu schaffen, was leider in vielen Fällen schon geschehen ist. Das wäre allerdings unmöglich, wenn dem sozialdemokratischen Terror von Seiten der betreffenden Arbeitgeberkreise ein größerer Widerstand geleistet würde. Man sieht jedoch leider in manchen Fällen, daß Unternehmer sich den sozialdemokratischen Monopolforderungen ohne weiteres fügen, hier und da noch sogar entgegenkommen, wie es bei einer Fleischereibewegung in Stuttgart im letzten Frühjahr geschehen ist.

Die sozialdemokratischen Arbeitsmonopole im deutschen Chemiewerke- und Kupferdruckgewerbe wären unentbehrlich, wenn die Arbeitgeber geschloffen nein gesagt hätten. Ebenso wäre es nicht zu den heutigen unheilbaren Zuständen im Buchdruckgewerbe gekommen, wenn die Unternehmer weniger nachgiebig gewesen wären. In der Nähe vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegebenen Broschüre (Buchdruckerkunst und öffentliches Interesse, Köln, Gewerkschafts-Verlag, Eintrachtstraße 147), die sich gegen das sozialdemokratische Monopol in den Tarifinstanzen wendet, heißt es diesbezüglich:

„Der Rätsels Lösung liegt nun aber darin, daß die Allgemeinheit der Prinzipale versagt. Stände sie geschlossen da, so müßte der sozialdemokratische Terror auf Gehilfen Seite weichen. Bei der jüngsten Tarifrevision hätten die Gehilfenvertreter die Durchführung der Revision unter keinen Umständen an der Zulassung des Güterbergbundes scheitern lassen.“

Diese mangelnde Widerstandsfähigkeit weiterer Arbeitgeberkreise gegen die sozialdemokratische Gewalttätigkeit trägt zweifellos schwere Gefahren für die zukünftige gewerbliche Entwicklung in sich, weshalb es wohl angebracht erscheint, beiseite darauf hinzuweisen. Für unsere Metallarbeiterklasse aber heißt diese Entwicklung in unserer Industrie durch eifrige Werbearbeit für unseren christlichen Metallarbeiterverband vorzugehen.

**Aus dem Unternehmerlager.**

**Klassenkampf von oben.**

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, das führende Organ der organisierten Unternehmer, wendet sich (Nr. 46, 12. Nov. 1911) gegen die von hervorragenden Sozialpolitikern und Freunden des gewerblichen Friedens erzielte Einrichtung eines Reichseinstellungsamtes:

„Dann Heber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitskämpfe, als sie uns bisher schon bestritten hat! Wollen sich die deutschen Unternehmer unter ihrem Tarn- und es wird das sicherlich nicht mehr lange ausbleiben — zu der vollen Rechtfertigung auf, die ihnen in Wahrheit ja Gebote steht, dann wird es ihnen trotz allem gelingen, dem Gegner auf dem Arbeitsmarkt, zum letzten Ende aus eigener Kraft den Respekt beizubringen, den sie im Hinblick auf ihre Bedeutung für das Nationalwohl unbedingt zu verlangen haben. Der behördlichen Bevormundung aber, in Gestalt der Vernichtung der Zwangsverpflichtungsstädte unserer sozialbedürftigen Büreaukräften, vermögen sie für heut und alle Zeit bestens zu entraten!“

Dieser Kampfanfang gegenüber mußte es höchst sonderbar vor kommen, wenn dieselben Unternehmer oder ihre Wortführer nicht mißdeuten, über die Strafkraft der Arbeiter und über die Zunahme und Verschärfung der Arbeitskämpfe zu lamentieren. Geschloffen funktionierende Einigungsämter können sie schloffen ab, aber gesetzliche Maßnahmen zur Befähigung der Gewerkschaften fordern sie in einem fort. Sie wollen eben unbeschränkt herrschen, den Arbeitern die Bedingungen einseitig diktieren, und der Staat soll ihnen dabei hilfreiche Hand leisten. Daß dies im Hinblick auf das „Nationalwohl“ notwendig sein soll, ist eine anmaßliche Behauptung, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat Gott sei Dank noch eine andere Auffassung vom Nationalwohl, wie die Klassenkämpfer vom Schlage der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“.

**Handlöhner.**

Der Verband Rheinisch-Westfälischer Betriebskrankenkassen hat am 2. Dezember in Gießen seine 7. Verbandssammlung abgehalten. Nach dem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ besteht der Verband seit diesem Jahre und umfasst heute 735 Krankenkassen. Von diesen sind 271 mittelbare, deren Verband durch örtliche Vereinigungen angegliedert sind. 696 Krankenkassen sind Betriebskrankenkassen, 15 Knappschaftskassen und 24 ausschließlich Familienkassen. Bei den Verbandskassen sind abgesehen von den fürsorgeberechtigten Familienangehörigen, 791 063 Personen versichert. Der rheinisch-westfälische Verband ist der größte Unterverband des allgemeinen deutschen Verbandes; der Gesamtverband zählt zurzeit 19 Unterverbände mit 2605 Kassen und mit weit über 2 Millionen versicherten Personen. Dem rheinisch-westfälischen Verbande gehören die größten Betriebskrankenkassen der beiden Provinzen ohne Ausnahme an; von den übrigen der westfälische Teil, und von den kleineren sind ihm auch viele beigetreten.

Die Beratungen drehten sich hauptsächlich um die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffene neue Lage. Die Art und Apothekerfrage wurde eingehend besprochen und die Bemühungen des Betriebskrankenkassenverbandes den Anwesen den gebührend auszuwirken. Etwas dunkel heißt es im Bericht der „S. Ztg.“:

„In einem Rundschreiben und durch besondere Zusätze sind den kleineren Betriebskrankenkassen bestimmte Wege gewiesen worden, auf welchen sie sich unter den gegebenen Umständen vielleicht vor der Zwangsangewöhnung bewahren können. Zu einer Eingabe ist dargelegt worden, wie ungerecht eine scharfe Auslegung der Bestimmungen über die Festlegung der Zahl der Versicherten werden würde, und es wird gebeten, bei den Ausführenden Bestimmungen eine den verschiedenartigen Verhältnissen entgegenkommende Auslegung zu geben.“

Selbstfalls wäre es für die Arbeiterklasse von Interesse, näheres über diese bestimmte Wege zu erfahren. Die Hoffnung der Zwangsangewöhnung mit ihren winzigen Leistungen liegt nicht im Interesse der versicherten Arbeiter. Entgeltliche große Kassen, worin die Wünsche der Arbeiter zur Geltung kommen, sind immer leistungsfähiger und darum zu bevorzugen. Veranlassung zu Ausstellungen im Bericht der „S. Ztg.“ gibt besonders auch der Schlußsatz: „In den Beratungen

haben an 120 Industrielle aus den beiden Provinzen teilgenommen.“ — Wenn damit gesagt sein soll, daß keine Arbeiter anwesend waren, so ist das sehr bezeichnend für den Betriebskrankenkassenverband. Die Arbeiter haben in den Betriebskrankenkassen genau so ihre Rechte wie die Unternehmer. Unsere Kollegen in den Räteverbänden und Vertreterversammlungen mögen darum die Augen offen halten und bei nächster Gelegenheit einmal nach dem Rechten sehen.

Ein Maschinenschlosser stand als Angeklagter vor dem Gericht, weil er die ihm übertragene Montagearbeit nicht sorgfältig ausgeführt hatte und wurde mit 400 M. bestraft. Der Sachverhalt ist kurz folgender. Der Maschinenschlosser macht im Auftrage einer Koffer-Maschinenfabrik in Soest bei der Kustener Gewerkschaft Montagearbeiten für ein Drahtwalzwerk. Dabei soll er nun so mangelhaft gearbeitet haben, daß bei vollem Betriebe ernste Gefahren für die vielen Arbeiter hätten entstehen müssen. Ein Ingenieur als Sachverständiger war der Ansicht, daß der Monteur recht groß gegen die Erfordernisse der Maschinenbaukunst verstoßen habe. So lag beispielsweise ein Eisenbruchstapel nicht im Lot, ein Schwingrad, das mit 2500 Pferdekraften getrieben wurde, war nicht ganz horizontal und ähnelte mehr. Besonders belustigend war, daß verschiedene Verschraubungen, die ungenügend waren, mit Zement ausgegipst wurden, angeblich um die Pflanzarbeit zu verdecken. Der Monteur soll seine bösen Absichten durch Nebenarbeiten im betrunkenen Zustand zu erkennen gegeben haben. Er sagte zu dem Soester Maschinisten: „Ihr könnt machen, was ihr wollt — beschwindelt werdet ihr doch, ihr grünen Jungen.“ Plötzlich ließ er die Arbeit im Stich und fuhr heim. Für eine Arbeit, an der er 14 Tage herumgehudelt hatte, waren sechs Wochen Reparaturzeit nötig. Das Gericht erkannte auf 400 M. Geldstrafe, der Straf Antrag lautete auf 300 M. In der Begründung heißt es: „Der Maschinenschlosser habe die Wasserwaage nicht genügend bei der Montage gehandhabt, böse Absicht sei nicht vorhanden gewesen. Der Angeklagte sei sich der vollen Tragweite seines Tuns wohl nicht bewußt gewesen. Mildernd sei sein Geständnis, aber erschwerend die große Fahrlässigkeit.“

Ein neuer Monteurriese, auf den wir schon in Nr. 19 hingewiesen, soll jetzt endgültig perfekt werden. Der Bochinger Güter-Berein Kump-Grube, das Faconisenwerk Mansfeld & Co. und die Düffeldorfer Drahtindustrie stehen unmittelbar vor dem Zusammenschluß. Diese Fusion ist der Abschluß eines großen Verschmelzungsprozesses. Kump-Grube hat sich in letzter Zeit große Kumpenwerke angegliedert; das Faconisenwerk Mansfeld nahm die Sieg-Reinische Hütte in sich auf und jetzt wollen beide sich endgültig zusammenschließen. Neu erscheint in diesem Zusammenhang die Düffeldorfer Drahtindustrie. Der Trupp von Kump und Grube bis zum Drahtnagel ist fertig. Das gut ist? Müßige Frage. Es soll dadurch eine Reihe kapitalistischer Freiwirtschaftler ausgeschaltet werden, sagen die einen — im Liech wohl — aber nicht in der Praxis. Die Arbeiter der schweren Industrie sollten sich daran ein Beispiel nehmen und auch ihre Position durch den Zusammenschluß stärken.

Aus der Metallindustrie. Die Sundwägener Eisenhütte in Sundwig bei Menden i. W. erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre nach 49 749 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 319 655 Mark zur folgenden Verwendung: Rücklage 12 000 Mark, Gewinnanteile und Vergütungen 33 336 Mark, 18 Proz. Dividende 189 000 Mark, Lohnsteuerumlage 10 500 Mark, Unterhaltung 3000 Mark und Vortrag 71 619 Mark. — Der Abschluß der Maschinenfabrik Weingarten ergab nach 212 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 396 000 Mark, der folgendermaßen verwendet wird: Außerordentliche Abschreibungen 9924 Mark, Sicherheitsbestand 13 663 Mark, Wohlfahrtsbestand 5376 Mark, Gewinnanteile und Vergütungen 124 860 Mark, 12 Proz. Dividende 152 000 Mark und Vortrag 56 080 Mark. — Die Werkzeugmaschinenfabrik Ernst Schiele in Düsseldorf hat nach 253 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 293 000 Mark zu verzeichnen, zur folgenden Verwendung: Rückstellungen 10 000 Mark, bezüglichen zugunsten der Beamten und Arbeiter 32 000 Mark, Rücklage 13 000 Mark, 7 Prozent Dividende 231 000 Mark, Gewinnanteile 6601 Mark und Vortrag 411 Mark. Dieser Vortrag wird durch den vom vorigen Jahr verbliebenen Vortrag von 176 878 Mark auf 177 289 Mark erhöht. — Der Abschluß der Maschinen-Gruben- und Hüttenwerke für 1910/11 ergab einen Betriebsgewinn von 390 279 Mark und nach 88 072 Mark Abschreibungen einschließlich 85 838 Mark, Vortrag einen Reingewinn von 305 153 Mark zur folgenden Verwendung: Lohnsteuerumlage 7090 Mark, Unterhaltungsbestand 20 000 Mark, Gewinnanteile 27 563 Mark, 9 Proz. Dividende und Vortrag 100 560 Mark. — Die Firma Krupp in Essen erzielte 1910/11 einen Betriebsergebnis von 43 Millionen Mark. Es wurden aufgewendet für Steuern 3 736 000 Mark, gesetzliche Arbeiterversicherung 4 223 000 Mark, Rücklagen für die nächsten Jahre 1 435 000 Mark, die Resten 18 Millionen Mark Dividende = 10 Proz., die Sonderumlage 2 Millionen Mark, die Pensionskasse 1 Million Mark, der Sicherheitsfonds 2 Mill. Mark und vorgetragen werden 4 1/2 Millionen Mark. — Die Maschinenfabrik Mannesmann in Düsseldorf hat nach 101 000 Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 177 000 Mark erzielt, wovon folgendermaßen verwendet wird: Rücklage 7657 Mark, Erneuerungsbestand 10 000 Mark, Gewinnanteile 29 671 Mark, 8 Proz. Dividende 104 000 Mark und Vortrag 25 000 Mark. Die Westfälische Stanz- und Emailierwerke J. & S. Kerkmann in Aplerdingen i. B. erzielten im Geschäftsjahre 1910/11 nach Abschreibungen von 97 640 Mark einschließlich 19 925 Mark Vortrag einen Reingewinn von 119 518 Mark für den folgende Verwendung vorgesehen ist: 11 678 Mark, gesetzliche Rücklage, 61 000 Mark, 6 Proz. Dividende, 4069 Mark, Gewinnanteile und 22 770 Mark Vortrag. — Die Kustener Gewerkschaft hat das Geschäftsjahr 1910/11 mit einer Unterbilanz von insgesamt 3 730 000 Mark abgeschlossen. Die Gesellschaft soll saniert werden in Form einer Aktienzusammenlegung von 10 zu 1. Die 257 000 Mark Stammaktien sollen auf etwa 13 000 Mark zusammengelegt werden. Dann sollen dem Unternehmer weitere Mittel zugeführt werden durch Ausgabe von Aktien und durch eine Anleihe.

Die Gelben sollen jetzt auch im Bochinger Eisen- und Stahlbetrieb unter den Händen der Bergverwaltung eingeführt werden und die Arbeiter von ihrer Interessenvertretung fernhalten. Besonders in den letzten Monaten ist durch Beamten und Arbeiter eine Agitation ein, die selbst vor der Arbeiterklasse nicht heimlich bleibt. Der Bochinger Arbeiter sind die Gelben aus parteipolitischen Motiven angehaßt worden, dies

beweisen die Vorgänge bei der letzten Landtagswahl, wo die Werkvereine die offizielle Parole ausgaben, für den Kandidaten der Gewerkschaften einzutreten. Natürlich mußte auch hier, wie überall, der nationale Ledmantel das Zeigebild abgeben.

Wie übrigens die Gelben von verständigen Leuten eingeschätzt werden, zeigt folgendes Urteil in der „Sozialen Praxis“ vom 16. November dieses Jahres über die Berliner Tagung des gelben Hauptausschusses:

„Diese Tagung hat wiederum den Charakter der im Hauptausschuß vereinigten „nationalen Arbeiterverbände“ hell beleuchtet. In ihrem berechtigten Streben gegen Unübersichtlichkeit und Machtübergreifung der Sozialdemokratie lassen sich große Massen national gestimmter Arbeiter durch Politiker, denen die Sozialpolitik der Selbsthilfe unabhängiger Arbeiterorganisationen überhaupt „unverwundlich“ ist und die geschickt an das „nationale Bewußtsein“ der Arbeiter zu appellieren wissen, dazu hinreißen, als Kampfrufen gegen die selbständigen Gewerkschaften ihrer Kameraden aufzutreten und damit die Wahrung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Druck der wohlorganisierten Arbeitgeber zu unterbinden.“

Besonders bezeichnend ist der Ausfall gegen die christlichen Gewerkschaften, die längst, ehe noch jemand an die gelbe nationale Arbeiterbewegung dachte, eine christlich-nationale Arbeiterbewegung ins Leben gerufen und Seite an Seite mit den konfessionellen Vereinen aller Richtungen . . . sich zu einem beachtenswerten Faktor in unserer öffentlichen Leben und in der deutschen Sozialpolitik gemacht haben. Wer diese sozialpolitisch unabhängige nationale Arbeiterbewegung zu durchkreuzen strebt oder auch nur seine Hand dazu legt, der befindet sich in der Gefahr, daß ihm andere Ziele als die Förderung wirklicher Arbeiterinteressen beschie-

Den sozialdemokratischen Druckvergnern hat das Bochumer Landgericht das Handwerk gelegt. Es ist bekannt, daß sozialdemokratische Redakteure „preussisch eingetrichtelt“ d. h. unpfeindbar sind, um sich an der Zahlung der Gerichtsgebühren vorbeizuhilfen. Zu dem Zweck wird folgendes Verfahren eingeschlagen: Die Möbel u. s. gehören der Frau des Redakteurs, da beide Gütergemeinschaft ausgeschlossen haben, kann der Gerichtsvollzieher nichts ausrichten. Der Lohn kann auch nicht mit Beschlag belegt werden. Mit ihrem sozialdemokratischen Blatt haben die Redakteure vereinbart, daß sie selber nur 125 M. von ihrem Monatslohn erhalten. Alles was darüber ist, ist schenkungsweise der Ehefrau des Redakteurs übertragen worden. Einen solchen Vertrag hatte der Redakteur der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung, Gemosse Wagner, von dem die Kosten des Rabobprozesses beigetragen werden sollten, mit der Druckerei der Bergarbeiterzeitung, Hausmann & Co. geschlossen. Wagner war unpfeindbar und die Gehaltsforderung über 125 M. war der Frau als Schenkung übertragen worden. Das Landgericht Bochum hat am 16. November d. J. den zwischen Wagner und der Bergarbeiterzeitung geschlossenen Schenkungsvertrag für nichtig erklärt und ein dahingehendes Urteil erlassen. Die Firma Hausmann & Co. hat sich nunmehr bereit erklärt, um weitere Kosten zu sparen, die des Rabobprozesses zu tragen. Der Vertrag der Angestellte bezieht monatlich 125 M., seine Ehefrau den Mehrbetrag, was also ansehbar, verfährt gegen die guten Sitten und mußte bemängelt für ungültig erklärt werden. — Ob dieses Urteil nunmehr die sozialdemokratischen Redaktionen von ihrer konstanten Schimpf- und Verleumdungswut kuriert wird? Hoffen wir das Beste!

Eine gehässige persönliche Kampfesweise betreiben zur Zeit die Genossen gegen den Kollegen Wg. Beder-Arnberg. „Wilmshoff“ hervor tun sich bei dieser „eblen“ Beschäftigung namentlich der sozialdemokratische Buchdrucker-Korrespondent und in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ der sozialdemokratische Agitator Polorny. Die roten „Wahrscheinlichkeitspostel“ sprechen von dem Kollegen Beder in höflicher Weise als von dem „tapferen Schneiderlein von Arnberg“. Das tun diese „-schlichen“ Kämpfer, wofür sie den Reichstagsführer auswendig kennen und wissen, daß Beder früher Fabrikarbeiter und seit 1902 Arbeitersekretär war. Bezeichnend für das geistige Niveau der „Gelben“ ist folgender Satz, den sich Polorny in seinem Geschreibsel in Nr. 285 des Dortmunder Genossenblattes leistet:

„Säße sich Beder so oder ähnlich ausgebräut, so hätte ich ihm links und rechts um die Ohren geschlagen. Ich gehöre nicht zu denen, die sich vor Gericht Benugung verschaffen.“ Das sind also die „geistigen Waffen“, mit denen Franz Polorny von der roten Meinungsfabrik in Düsseldorf gegen politische Gegner zu Felde zieht. Wer sich also mit diesem Genossen in eine Diskussion einläßt, wird gut daran tun, ihm nicht nur aufs Mundwerk, sondern auch auf die Fingern zu sehen. Im übrigen mag auch Franz Polorny sich merken, daß zum „Um-die-Ohren-schlagen“ immerhin zwei gehören — und daß die Kunde, die am lautesten bellt, auch die ersten sind, die Reißaus nehmen, wenns ernst wird. Wie wir unsere Sauerländer kennen, sehen die schon ihren Mann — und zwar „ohne Schnapsflasche.“

Und nun erbt der „Korrespondent“; der schimpft wie ein wegen seiner Unart gebührend gezügelter Gassenjunge vom Gockelapflaster. Das Organ des Verbandes „von Rekrut“ macht da in Entstellungen wie folgt:

„Wahrheit totzuschlagen — ehemaligen Schneidergesellen — Lüge — Demunziation — traurigen Wachsenschafte: kruppelhafter Menschen — seinem böswilligen Tun — moralischen Anar — falls Beder noch einen Funken Ehrgefühl besitzt — Verdächtigungen — gewerkschaftlichen Spießgesellen — dem sonst allzeit vorlauten Schneiderlein — aus den Fingern gezogen — Armer Johannes — dunklen Wachsenschafte — Schlammkanäle — Gipfel der Biederlichkeit — tapfere Schneiderlein von Arnberg — blinden Schmeißer — dreier Stern — bündlerischen Demunziationen — Schmutz-Blat Typograph u. s. u.“

So geht es durch den ganzen, drei und eine halbe Spalte langen Artikel des Korrespondent fort. — „Das kommt von der Peitsche,“ sagte der kleine Karl, „daß der Herr so heult!“

Die Sozialdemokratie ist die Partei des Landesherrates, das steht jetzt fest, trotz aller Anlehnungen der Genossen. Dieses hat kein geringeres als der Vorsitzende der roten Internationale, Genosse Wanderselbe in der belgischen Kammer vertreten. Am 30. November verkündete Wanderselbe von der Kammertribüne herunter, daß das internationale sozialistische Büro zum Ausbruch eines Krieges in dem Lande, welches die Kriegsgesahr heraufbeschworen, sofort die offene Revolution anzetteln würde. Das internationale sozialistische Büro, in dem Franzosen, Belgier, Russen und Engländer



Die erste Geigen spielen, ohne natürlich in ihrem Heimatlande die Weisheit der Internationalen zu beachten, würde analog den Reden unserer Sozialdemokratie im Reichstage, unser deutsches Vaterland für den Angreifer erklären. England und Frankreich hätten leichtes Spiel, und das blühende deutsche Wirtschaftsleben wäre total vernichtet. Es ist gut, sich dieses Geständnis eines Eingeweihten zu merken. Bisher hat die Gewerkschaften es nicht gewagt, den Aufgaben des Vorstehens der vollen Internationalen zu widersprechen; folglich wird wohl so bleiben. Unsere deutschen Obergewerkschaften - des Landesverbands überfüllt, dürfen sich also nicht beklagen, wenn sie dementsprechend behandelt werden.

Anarcho-sozialistische Massenmörder. In Los Angeles (Kalifornien) ist der Sekretär des Eisenarbeiterverbandes und sein Bruder, die Genossen Mc Namara verurteilt worden. Der eine wanderte lebenslanglich und der andere 15 Jahre ins Gefängnis. Die beiden haben nach ihrem Geständnis das Gebäude der „Times“ in Los Angeles mittels Dynamit in die Luft gesprengt, wobei 21 Personen getötet wurden; außerdem sind sie in eine Reihe anderer Dynamitattentate verwickelt. Die Verbrecher richteten ihre Wut gegen solche Unternehmer, welche ihre Gewerkschaft nicht anerkennen wollten. Nach der „Leipziger Volkszeitung“ hat der Staatsanwalt selbst mißerbende Umstände beantragt, weil er wertvolle Aufschlüsse von den beiden Mordmördern über eine weitverzweigte Dynamiterschmiede erhielt.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Dortmund-Alten. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Muen ist die Sperre verhängt.

W. Glabbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte arbeitsfähige Arbeiterkraft ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Weypen. Die Weypener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen - wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes - gesperrt.

Zwifringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Solingen-Opaan. Bei der Firma Hofelnz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Mafregelung Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohrern ist fernzuhalten.

Sevelberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schütthoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beseitigung von Mißständen und Durchföhrung einer Lohnerhöhung im Streit.

Sangerwehe-Schöndthal. Bei der Firma Karl Schlicher & Söhne, Nadelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Nadeln ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Elektriker stehen im Streit. Zugang fernhalten.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Frier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zurückende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Hamm i. Westf. Bei der Firma Kerkmann stehen die Schleifer in einer Bewegung. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. Dezember 1911 der einundfünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. Dezember 1911 fällig.

Zur besonderen Beachtung für alle Mitlieder.

Für das Jahr 1912 werden Beitragsmarken in roter Farbe ausgegeben. Es dürfen also für das neue Jahr nur diese roten Marken geklebt werden. Sämtliche alten Marken werden am Jahresabschluss eingezogen. Die Kollegen mögen deshalb ihre Beiträge im Dezember rechtzeitig zahlen, damit sie nicht für etwaige Rückstände dann die neuen Marken kleben müssen und sich dadurch selbst als säumige Zahler - auch bei Unterhaltungsansprüchen - hinstellen. Die Vorstände der Verwaltungskassen sind angewiesen, auf solche säumigen Zahler keinesfalls zu warten, sondern die Quarkabrechnung schon in den ersten Tagen des Januar möglichst fertig zu stellen.

Das ist notwendig, damit auch an der Hauptgeschäftsstelle die Abrechnung für das ganze Jahr 1911 frühzeitig fertiggestellt werden kann. Im nächsten Jahr findet unsere Verbandsversammlung statt und zu dieser sind die umfangreichen Vorarbeiten für den Geschäftsbericht ebenfalls zu erledigen. Soll diese ganze Arbeit aber nicht unnütz erschwert und zu weit hinausgezogen werden, dann müssen alle Mitglieder ihre Beitragspflichten pünktlich erfüllen und dadurch den Vertrauensmännern und Vorständen die weitere Abrechnungsarbeit ermöglichen.

Adressen:

Danzig. Die Adresse der Bezirksleitung für Ost- und Westpreußen ist ab 1. Dezember: Richard Gayfowski, Danzig, Friedländerstr. 13. Sprechstunden von 9-1 und von 3-5 Uhr; Sonntags von 11-1 Uhr. Unterhaltungen werden Samstags von 11-1 Uhr mittags ausbezahlt.

Krefeld. Das neu errichtete Verbandssekretariat befindet sich Westf. 35, Telefon Nr. 1291. Adresse: Anton Siegel.

Aus dem Verbandsgebiet.

München. Neupferst sehr reich und interessant gestaltete sich unsere Monatsversammlung am 11. November. Kollege Gerstl referierte hier über das aktuelle Thema Lebensmittelteuerung. Neben ferngezeichnete eingangs seiner Ausführungen treffend das mehrfache Gebahren der Sozialdemokratie, die alles und jedes, was das Volk bebrüde, in der unerträglichsten Weise für ihre parteidemagogischen Zwecke auszunutzen. Das habe sich auch jetzt wieder bei der Teuerung gezeigt. Durch ihr übertriebenes Teuerungsgeschrei hätten die Genossen gerade der volksausbeutenden Spekulation in die Hände gearbeitet. Neben erläutert dann eingehend die eigentlichen Ursachen der Teuerung. Sie sei zurzeit eine allgemeine, wie das ja auch schon aus den „Hungerrevolten“ im Auslande (Belgien, Desterreich, Frankreich u.) hervorgehe. Die Ältre und Hike des Sommers im Verein mit den Viehschäden hätten in diesem Jahre die landwirtschaftliche Produktion erheblich beeinträchtigt. (Das werde freilich im roten Zukunftskaute anders werden, da man sich dort auch auf das Vettermachen verstehe.) Ein weiterer Grund der Teuerung sei die unlaute Spekulation, die durch das rote Teuerungsgeschrei hervorgerachte Stimmung des konsumierenden Publikums weitlich zu künstlichen Preissteigerungen ausgenutzt habe. Gerade das rote Teuerungsgeschrei mache es der Spekulation möglich in kurzer Zeit riesensummen aus den Taschen des arbeitenden Volkes zu ziehen.

Im übrigen aber sei es auch grundverfehlt, die heutigen Lebensmittelpreise an denen der 80er Jahre messen zu wollen. Die Verhältnisse hätten sich eben gegen damals wesentlich geändert. Die damaligen Getreibeausfuhrländer sind eben heute gezwungen, von der Raubbauwirtschaft zur Rängerwirtschaft über zu gehen. Dann aber habe sich auch seitler die Bevölkerungsziffer der alten Kulturländer und damit selbstredend auch die Nachfrage nach Lebensmitteln ständig erhöht. Dazu komme noch die jetztschreitende Industrialisierung früherer Agrarstaaten. England war vor 50 Jahren noch die Weltwerkstatt der Welt alle übrigen Staaten beschäftigten sich damals noch überwiegend mit der Landwirtschaft; sie waren Ausfuhrländer für Lebensmittel. Jetzt aber geht die Entwicklung dahin, daß ein immer größerer Teil der Bevölkerung von Deutschland, Desterreich, Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan u. in der Zukunft Arbeit und Verdienst suchen muß. Die Nachfrage nach Lebensmitteln wird also ständig größer; ein Ueberangebot ist auf dem Weltmarkt nicht mehr vorhanden, die Preise steigen also. Das daran das von der Sozialdemokratie stets als Sündenbock hingeworfene Schutzollsystem unschuldig ist, beweist gerade die Tatsache, daß diese steigende Tendenz der Preise und die momentane Teuerung auch in den freien Handelsländern vorhanden ist. Diese Hege der Sozialdemokratie sei eigentlich vom Arbeiterstandpunkte aus unverständlich, da gerade unter dem Schutzollsystem das deutsche Wirtschaftsleben einen beispiellosen Aufschwung genommen habe. Auch die deutsche Landwirtschaft hätten wir uns dadurch nicht nur als leistungsfähigen Konsumenten unserer Industrieprodukte erhalten können, sondern sie durch den Schutz ihrer Arbeit in die Lage versetzt ihre Produktivität noch ganz gewaltig zu steigern. Dadurch ist es Deutschland gelungen, trotz der großen Bevölkerungszunahme und trotz der fortschreitenden Industrialisierung, sich bezüglich der Lebensmittelversorgung in steigendem Maße vom Auslande unabhängig zu machen.

Die lehrreichen Ausführungen haben unseren Kollegen so recht wieder einmal gezeigt, wie gewissenlos die Sozialdemokratie mit den wahren Interessen des arbeitenden Volkes umspringt. Die rechte Antwort dafür ist die eifrige Werbearbeit für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Schlitten. Am 18. November fand in der „Alten Krone“ eine gemeinsame Mitgliederversammlung der hier bestehenden Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften statt. Zweck der Versammlung war die Bildung eines Ortskartells und die Wahl der Kartellbelegierten. Die letzteren traten darauf gleich am Sonntag den 19. November zu einer Kartellung zusammen. Hierzu waren auch die Vertreter von Hohenhausen und Steinbach erschienen; Hohenhausen fehlte entschuldig. Bei Punkt 1 der Tagesordnung, Wahl des Kartells, wurde Kollege Dabte von unserem Verband als Vorsitzender, Kollege Jeller vom christlichen Malerverband als Kassierer, Kollege Schie als Schriftführer, sowie die Kollegen Thomas Maier-Steinbach und Ehle-Hohenhausen als Beisitzer gewählt. Zu Punkt 2, Beratung der Statuten, wurde das in der Vorwoche des Gesamtverbandes veröffentlichte Normalstatut mit wenigen Abänderungen angenommen. Mit einem Appell des Vorsitzenden, nun auch rege für die Erhaltung unserer christlichen Gewerkschaften zu arbeiten, fand darauf die Sitzung ihr Ende.

Menden. Der hiesige Arbeitgeberverband hat sich, genau so wie seine „Brüderverbände“ an anderen Orten, einen Zwangsarbeitsnachweis zugelegt. Triftige Gründe für die Notwendigkeit eines solchen liegen in Menden aber nicht vor; denn die Kommune hat bereits die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises beschloßen. Man darf also ruhig annehmen, daß andere Gründe wie die bloße Arbeitsvermittlung für den Arbeitgeberverband ausschlaggebend waren. Die kurze Zeit des Bestehens des Zwangsarbeitsnachweises hat bewiesen, daß er sich nicht in geringsten unterzeichnet von denen an anderen Orten. In verschiedenen Fällen war festgestellt, daß der Geschäftsführer des Zwangsarbeitsnachweises sich in „liebvolles Weise“ nach der Zugehörigkeit zur Organisation erkundigte. Auch war der Geschäftsführer stets davon informiert, welche Gründe zur Entlassung eines Kollegen vorlagen; ob dieser z. B. wegen Streitigkeiten mit dem Meister über die Höhe der Akkordlöhne entlassen war u. dergl. m.

Ferner zeigt auch die „Geschäftsordnung des Zwangsarbeitsnachweises“, daß durch denselben die Interessen der Arbeiter eine schwere Schädigung erfahren. Eine zugewiesene Arbeit muß angenommen werden. Meldet sich der Arbeitssuchende bei der fraglichen Firma nicht innerhalb 3 Tagen, so wird er mit 2 Wochen, im Wiederholungsfall mit 4 Wochen Arbeitslosigkeit bestraft. Ungehöriges Benehmen auf der Geschäftsstelle wird ebenfalls mit 2 Wochen Arbeitslosigkeit bestraft. Ungehörigkeit aber erscheint die für „Kontraktbruch“ vorgesehene Strafe von 4 Wochen Arbeitslosigkeit, wenn man berücksichtigt, daß einerseits darüber nur allein die subjektive Auffassung des Fabrikanten, Betriebsleiters oder Geschäftsführers entscheidet und andererseits tatsächlich sehr viele Arbeitgeber nur sehr geringe Kenntnisse der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen besitzen. Die in der „Geschäftsordnung“ vorgesehene Führung einer „Personalakte“ legt dem Ganzen die Krone auf, und beweist schlagend, daß der Arbeitgeberverband das Gebiet der Arbeitsvermittlung zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisation benutzt. Die hielten es deshalb für unsere Pflicht, vor dem Forum der Öffentlichkeit laut und nachdrücklich gegen diese schwere Schädigung der Interessen der hiesigen Arbeiter Protest zu erheben und derselben für das hiesige Gebiet öffentliche Versammlungen ein, welche sehr stark besucht waren. In Menden waren die beiden Lokale überfüllt. Die Ausführungen der Kollegen Föcher-Gevelberg, Breit-Körzund, Gerhards und Steinacker-Menden über das geheimnisvolle Wirken und die Praktiken der Zwangsarbeitsnachweise im allgemeinen und des von Menden im besonderen wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen. Die Stellung der hiesigen Arbeiterschaft fand in nachstehender einstimmig angenommener Resolution ihren Ausdruck:

Die heute im überfüllten Lokale des kath. Gesellenhauses (bei Kwole) tagende Versammlung von Bürgern und Arbeitern erklärt, daß der Arbeitsnachweis der A. G. B. von Menden und Umgegend

- 1. Die persönliche Freiheit des Arbeiters beeinträchtigt und dessen verfassungsmäßig festgelegte Freizügigkeit unterbindet, sowie ihn in der freien Vertretung seines gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes behindert;
2. daß die in der Geschäftsordnung der Nachweiskeile vorgesehenen „Strafen“ und Praktiken bei der Arbeitsvermittlung geeignet sind, vermehrte Arbeitslosigkeit zu verursachen und dadurch sowohl die Interessen des Arbeiters wie auch der Allgemeinheit eine schwere Schädigung erfahren.
3. Die Versammlung erklärt, daß die Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage erfolgen müsse und behauptet, daß der A. G. B. das Gebiet der Arbeitsvermittlung zur Ausübung sozialwirtschaftlicher Gegenstände benutzt und dadurch erneut das für die heimische Industrie so notwendige gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eine erhebliche Störung erfährt.
4. An die städtische Behörde richtet die Versammlung das dringende Ersuchen, die Errichtung des beschloßenen paritätischen Arbeitsnachweises in den nächsten Tagen vorzunehmen und mit der Leitung desselben eine befähigte Person, welche die Praktiken der Arbeitgeber nachweise genau kennt, zu betrauen.
5. Die Versammlung beauftragt die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die schwere Schädigung der Interessen der Arbeiter durch den Arbeitsnachweis des A. G. B. abzuwehren.
6. Die Mithilfe der durch die Errichtung des Arbeitsnachweises des A. G. B. entstandenen Schädigung der Interessen der Arbeiter kann nur durch eine möglichst geschlossene Einigkeit der Arbeiter erfolgen. Deshalb erinnert die Versammlung die Arbeiterschaft Menden und Umgegend an die Pflicht der gewerkschaftlichen Organisation und gebeten die Anwesenden, mit allem Nachdruck und Ausdauer die Werbearbeit für den christlichen Metallarbeiterverband zu betreiben.
Die Kollegen möchten wir besonders auf den letzten Absatz der Resolution verweisen, denn nur durch die Mitwirkung aller Kollegen bei der Werbearbeit für unsere Sache können wir die so notwendige Geschlossenheit und Einigkeit der hiesigen Arbeiterschaft im christlichen Metallarbeiterverband erreichen. Drum auf, Kollegen, an die Arbeit!

Würfelen. Mit einer imposanten Festversammlung beging unsere Ortsgruppe am Sonntag, den 3. Dezember, die Feier ihres 10jährigen Bestehens. Der große Doppenscheib Saal war dicht gefüllt durch die Scharen der christlichen Arbeiterschaft Würfelen. Ueber der Bühne des Festsaales leuchtete die Transparent-Inschrift: „Ereinter Kraft gar bald gelingt, was ein er nicht zustande bringt.“ Die Wahrheit dieses Satzes hat die christliche Metallarbeiterchaft Würfelen erkannt. Ist doch die zehnjährige Geschichte unserer Ortsgruppe die Geschichte schwerer - aber auch erfolgreicher Kämpfe. Nachdem unsere Ortsgruppe am 1. Dezember 1901 gegründet worden war, galt es zuerst die Bedenken und Vorurteile, welche sowohl unter der Arbeiterschaft wie auch unter der Bürgerchaft gegen unsere christliche Gewerkschaftsbewegung bestanden, hinwegzuräumen und uns bei unseren Gegnern im Arbeiterlager selbst, sowie bei den Arbeitgebern Anerkennung zu verschaffen. Der erinnert sich nicht der interessanten aber auch aufklärenden Auseinandersetzungen mit den Gegnern in den Jahren 1904 und 1905. Die gegnerischen Organisationen haben der jüngeren, christlichen Gewerkschaftsbewegung der Platz räumen müssen. Die schwersten Kämpfe blieben uns aber vorbehalten, als es galt, für unsere Mitglieder wirtschaftliche Vorteile zu erringen.

Nachdem wir in den Jahren 1904 und 1905 in den kleineren Betrieben, so in der Nadelfabrik Gebr. Lind und Schöfferei A. Hennrich ansetzen, für die Kollegen die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, brachte uns das Jahr 1906 einen schweren Kampf. Ein Kampf, welcher große materielle Opfer, dann aber auch Opfer an Freiheit forderte. Opfer, die heute von einem Teil der Arbeiterschaft auch der chem. Arbeiter, nicht gemindert werden. Menschenwürdige Zustände, menschenwürdige Behandlung, Erhöhung des Lohnes, Regelung des Akkordwesens, Arbeiterauskunft, Wohnzufuhr usw., das waren die Forderungen, welche die Arbeiter der chemischen Fabrik von Moritz Königmann der Firma im Juni 1906 unterbreiteten. Durch friedliche Verhandlungen suchte der Verband die Differenzen mit der Firma zu schlichten. Diese scheiterten jedoch alle an dem Herrenlandpunkt des Herrn Königmann. Und so waren die Arbeiter gezwungen, um ihren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen, das letzte Mittel anzuwenden, den Streit.

Am 7. Juli 1906 reichten 123 Arbeiter, sämtlich Mitglieder unserer Ortsgruppe, ihre Kündigung ein. Da auch die Verhandlungsversuche während der Kündigungszeit erfolglos blieben, kam es, nachdem sich noch eine Anzahl weiterer Arbeiter angeschlossen hatten, nach Ablauf der Kündigungsfrist zum Ausstand. Der Streik mit seinen bedauerlichen Begleiterscheinungen dauerte vier Wochen und endigte mit einem Erfolg für die Arbeiter. Zwischen dem Direktor Hartung und den Vertretern der Arbeiter wurde folgendes schriftlich vereinbart: 1. Wahl eines Ausschusses; 2. Wurde ein Lohn von 4,60 M. garantiert; 3. Regelung des Akkordwesens; 4. humane Behandlung seitens der Vorgesetzten; 5. Sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt. Die während des Streites importierten Streikbrecher sollten entlassen werden. Leider hatte Herr Königmann sein gegebenes schriftliches Versprechen nicht gehalten und die Vereinbarungen nicht alle durchgeführt. Hierbei kam ihn die Gleichgültigkeit gegenüber dem Verband, welche nach dem Streik unter den Arbeitern einrückte und bis heute zum Teil noch fortdauert, zu Hilfe. Der Streik war beendet, aber ein bedauerliches Schauspiel in dem sogenannten „Landfriedensbruchprozess“, der seine Ursache in einem recht harmlosen Menschenauflauf bei Anbruch eines Streikbrechertransports hatte, fing erst an. Leider wurden in dem Prozeß eine Anzahl Arbeiter und mehrere Frauen, darunter auch der derzeitige Vorsitzende unserer Ortsgruppe zur Strafe von 3 resp. 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Das harte Urteil erzeugte allgemeinen Unmut und



führte zu einer Besprechung im Reichstag. Diese schweren Opfer für die Sache der Arbeiter sind aber nicht vergebens gebracht worden; das ist auch den Betroffenen ein Trost gewesen.

Und außerdem ist zu ersehen, daß in unserer Ortsgruppe in jeder Beziehung gewerkschaftliche Arbeit geleistet worden ist. Ein großer Teil der Arbeit läßt sich nicht in Worten und Feilen ausdrücken und zwar die Kleinarbeit. Dazu bedurfte es eines Stabes von Überzeugten, opferfreudigen Vertrauensmännern, die Sonntag um Sonntag von Haus zu Haus gingen, um die Beiträge einzuziehen, die Mitglieder aufzuklären, sowie dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Mit vier Vertrauensmännern begannen wir die Arbeit und heute zählen wir einen Stab von 35. Es waren von jeher die Pioniere und sind es heute noch. Ihnen gelohnt an dieser Stelle besonderen Dank. Mögen sie so weiter arbeiten in dem Bewußtsein, einer großen und hehren Sache zu dienen.

Ueber die Entwicklung und weitere Tätigkeit der Ortsgruppe sei folgendes mitgeteilt: Die Ortsgruppe wurde am 1. Dezember 1901 mit 32 Kollegen gegründet. Davon gehören heute noch 22 Kollegen dem Verbands an. Ihnen gebührt auch für ihr treues Festhalten an Verbands unsere besondere Anerkennung. Drei Gründungsmitglieder sind gestorben; darunter auch unser derzeitiger Vorstands Kollege Johann Kose. Er hat sich um unsere Ortsgruppe, besonders auch in der Gewinnung der Jugend für die christliche Gewerkschaftsbewegung große Verdienste erworben. Die Mitgliederzahl entwickelte sich in den einzelnen Jahren folgendermaßen: 1. Januar: 1902 — 74 Mitglieder, 1903 — 254, 1904 — 416, 1905 — 525, 1906 — 596, 1907 — 600, — 1908 — 510, 1909 — 456, 1910 — 581 und Ende 1911 — 592 Mitglieder. Jugendliche Mitglieder zählt unsere Ortsgruppe zurzeit 71.

Nachdem die Mitgliederzahl in den ersten Jahren 1908 und 1909 zurückgegangen war, ist sie jetzt wieder andauernd im Steigen begriffen. Besonders fallen uns in den zwei letzten Jahren die 71 jugendlichen Mitglieder auf. Schon eine stattliche Jugendabteilung, worauf die Leitung der Ortsgruppe ihre Zukunftshoffnung setzt und bestrebt ist, aus diesen jungen Kollegen in jeder Beziehung etwas Nützliches zu machen. Deshalb können wir auch unseren Kollegen nicht genug empfehlen, uns ihre jungen Söhne zuzuführen.

Neben dem Verbandsorgan sind es die Versammlungen, wo sich die Mitglieder ihre Aufklärung holen. Auch dieser Zweig der Ausbreitungsarbeit hat die Ortsgruppe von jeher nicht außer Acht gelassen. Es haben seit Bestehen der Ortsgruppe im Ganzen 330 Versammlungen stattgefunden, und zwar: Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlungen 131, Mitglieder-Versammlungen 134, Öffentliche Versammlungen 54, Fabrik-Versammlungen 45, Jugend-Versammlungen 16. Daneben fand dann noch jede Woche wenigstens eine Geschäftsstunde statt, wo neben geschäftlichen Arbeiten auch den einzelnen Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite gestanden wurde.

Mit dem Steigen der Mitgliederzahl stiegen auch die Finanzverhältnisse. — Hatten wir am Schlusse des ersten Jahres unseres Bestehens der Ortsgruppe nur eine Einnahme von 515,20 Mark, so stiegen die Gesamteinnahmen im Jahre 1910 auf 18 161,30 Mark, also eine Steigerung von 352,5 Prozent. Das ist ein Beweis, daß unsere Kollegen den gewerkschaftlichen Gedanken voll erfasst und auch in Punkte gewerkschaftliche Opferbereitschaft nicht hinter den Kollegen an anderen Orten zurückbleiben. — Wer aber hätte vor zehn Jahren daran gedacht, daß sich unsere Ortsgruppe trotz aller Schwierigkeiten, die uns entgegen standen so entwickeln würde.

Das es aber so gekommen, das haben wir auch vor allem der vom rechten Idealismus getragenen, ausdauernden, vor keinem persönlichen und materiellen Opfer zurückstehenden Arbeit unserer Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, sowie der Treue unserer Mitglieder zu verdanken. Möge es darum immer so bleiben! Dann wird die Ortsgruppe Wurzeln bleiben, was sie die verflochtenen 10 Jahre lang schon war: ein kräftiger Ast am starken Baume unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung überhaupt. Arbeiten wir im alten Geiste weiter, was zum Schutz und den Feinden zum Trutz!

**Jugoslawien.** Eine außerordentliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe befaßte sich am 19. Nov. mit der Frage der Beitragsgruppe. Ausschuss und Vertrauensmänner hatten sich schon vorher eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Auch die Generalversammlung erlaubte nach der nötigen Begründung eine den heutigen Verhältnissen Rechnung tragende Erhöhung der Beiträge als notwendig an. Einmütig wurde beschlossen, ab 1. Januar 1912 einen wöchentlichen Lohnbeitrag von 10 Pfg. zu erheben und statt der bisherigen Marken à 65 und 35 Pfg., solche zu 70 und 40 Pfg. zu geben. Desgleichen wurde beschlossen, auch den seitherigen monatlichen Lohnbeitrag von 10 Pfg. weiter zu erhöhen. Die Beibehaltung des letzteren Beitrages, so wurde betont, erleichtere uns den Uebergang bei der Durchführung der Erhöhung unserer Verbandsbeiträge, die doch nächstens kommen müssen. Erwähnt wurde der Rentenbericht vom 3. Quartal entgegengenommen und die Ergänzungsarbeiten für einige durch Tod, Weisheit und Eintritt zum Militär ausgeschiedene Ausschussmitglieder und Vertrauensmänner getilgt. Des weiteren befaßte sich die Versammlung dann mit der Durchführung der Hausagitation und des Betriebes von ausstehenden und belehrenden Broschüren. Mit einem Appell zu eifrigem Versammlungsbesuch und reger Werbearbeit für unsere Verbands fand sodann die Versammlung ihren Abschluß.

Auch von dieser Stelle aus eruchten wir unsere Kollegen noch einmal dringend, nicht nur in den Generalversammlungen, sondern auch in den monatlichen Mitgliedsversammlungen zu erscheinen. Das gilt besonders für jene Kollegen, welche das ganze Jahr über höchstens 1-3 Mal in einer Versammlung sich sehen lassen. Bei einer solchen häufigen Nachlässigkeit kann unmöglich der rechte gewerkschaftliche Geist aufgenommen; die Werbearbeit flaut; die notwendige Fühlung zwischen Ausschuss, Vertrauensmännern und Mitgliedern geht und damit auch in vielen Fällen die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse. Also, Kollegen, zeigt in Zukunft wieder, daß ein jeder von uns als tätiges Glied der Organisation auf seinem Posten ist. Vorbereitungsarbeiten sind — eifriger und pünktlicher Versammlungsbesuch.

**Wien.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Winter unserer Arbeiterklasse mancherlei Unannehmlichkeiten bringt. Von manchem Arbeitgeber wird diese Zeit ausgenutzt, um Lohn- oder Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Andere Arbeitgeber suchen sich der Arbeiter zu entledigen, die sich „wichtig“ gemacht haben durch Zahlung ihrer Rechte. Auch im Betriebe der Maghütte weist ein ähnliches Bild. Unsere Vorgesetzten sind in der jetzigen

Jahreszeit ganz anders, als z. B. im Frühjahr. Wir haben auch hier die Tatsache zu verzeichnen, daß mehrere Kollegen entlassen worden sind. So hat man ihnen zurückgehalten und überflüssige Zeugnisse verweigert. Erst die Beschwerde unseres Beamten beim Herrn Generaldirektor hat den Erfolg gezeitigt, daß die Kollegen zu ihrem Rechte kamen. Viele Unterbeamte scheinen auf eigene Faust zu handeln und es ist gut, daß wir einen christlichen Metallarbeiterverband haben und das Werk einen Generaldirektor, der nach dem Rechte sieht, wenn er darauf aufmerksam gemacht wird. Wie gehandelt wird, zeigt ein Fall, der sich vor kurzem zugegetragen hat. Unsern Kollegen und Vertrauensmann Weiß wurde wegen „Arbeitsmangel und Vernachlässigung größerer Neubauten“ gekündigt. Kollege Weiß, seines Reichens Schloffer, ist aber schon seit dem 28. 10. 1900 auf der Maghütte beschäftigt. Dieses allein rief schon Befremden hervor, aber noch mehr, daß in anderen Abteilungen noch Leute eingestellt wurden. Wir hatten alsbald den wahrscheinlichen Grund der Kündigung des Kollegen gefundert. Kollege Weiß hatte in Versammlungen bei der letzten Lohnbewegung in die Diskussion eingegriffen. Seine Worte sind nun von irgend jemandem, der gern einen krummen Mägen nach oben macht, ganz verdreht angebracht worden. Wir haben nämlich in unserem Betrieb auch solche „Machkollegen“, die das Sprichwort als „der größte Lump im ganzen Land“ anspricht. Aus anderen Gründen können wir uns die Kündigung dieses Kollegen nicht erklären. Dem Kollegen hat ja nun die Sache nicht weiter geschadet. Er hat den Staub der Maghütte von seinen Füssen geschüttelt und als tüchtiger Arbeiter anderswo sein Auskommen gefunden.

In letzter Zeit geht nun die Maghütte dazu über, auch die Gelder, die die Arbeiter auf der „berühmten“ Sparkasse haben, zu kündigen. Wir waren zunächst geneigt, anzunehmen, daß das nur den organisierten Kollegen geschieht. Es hat sich aber herausgestellt, daß auch vielen „Gelben“ das Geld gekündigt wurde. Warum, ist noch nicht recht klar. Verschwiegenheit ist es, und zwar ganz besonders von der Leitung und von den Gelben, unserem Verbands schwer angekreidet worden, daß wir in dieser Sparkasse keine Wohltätigkeitsrichtung erblicken wollten. Die Erfahrung hat uns aber auch hier in letzter Zeit recht gegeben. Wir haben in Erfahrung gebracht, daß vor kurzem in Wierbach von dem gelben Verein der Maghütte eine Agitationsversammlung stattgefunden hat. Man hat uns erzählt, daß ein Redner dort über die Sparkasse etwa folgendes sagte:

„Die Sparkasse ist eine Wohltätigkeitsrichtung. Ihr könnt Euch 1000 Mark von jemandem leihen und bei der Hütte anlegen. Ihr bezahlt 4 oder 5% Zinsen, von der Hütte bekommt Ihr 10%.“

Eine solche Agitationsrede! Da will man es uns und unserm Verbands abnehmen, wenn wir so von der Masse denken, wie wir es schon des öfteren ausgesprochen. Hier in Wierbach hat man früher ähnlich singen hören. Heute ist es schon etwas still geworden. Wir glauben, daß man auch höheren Orts weiß, daß mit einer gewissen „Wohltätigkeitsrichtung“ Schindluder getrieben wird. Gegen eine ordentliche Sparkasse, vorausgesetzt, daß die Arbeiter etwas zum Sparen haben, wird auch unser Verbands nichts haben.

Der christliche Metallarbeiterverband aber wird den Kollegen auch in der Winterzeit treu zur Seite stehen. Das haben schon Tausende erfahren. Für unsere Kollegen heißt es jetzt nur, ihren Verbands nach besten Kräften vorwärts zu bringen. Je stärker unsere Reiben, desto mächtiger der Schutz!

**Burbach (Eass).** Die burbacher Hütte ist bekanntlich ein wahres Eldorado für die Gelben. Kein Wunder also, wenn auf dieser Hütte die von den Gelben und ihren Protektoren so oft gepriesene und besungene „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, Lüttenbeamten und Arbeitern“ die „schönsten“ Blüten treibt. Diese „gelbe“ Harmonie in des Wortes verengter Bedeutung macht in der Tat auf dieser Hütte täglich Fortschritte; das mußte der „gelbe“ Lüttenbeamtenvereinsvorsitzmann Sch. noch am Mittwoch den 29. November d. J. erfahren. Dieser Gelbe hatte zufällig eine Arbeit nicht ganz richtig ausgeführt. Das sah sein Vorgesetzter, der Meister M. vom Martinwerk. Dieser junge Mensch setzte nun den 50jährigen Arbeiter und gelben Vertrauensmann, der schon 29 Jahre lang im Dienste der Hütte steht, am Halbe und schlug ihn verschiedne Male ins Gesicht. — Und diese menschenwürdige Behandlung ließ sich der „Gelbe“ ruhig gefallen! Seinem Benehmen nach zu urteilen, glaubte der Mann sogar noch gut abgeschnitten zu haben.

Soweit hätte es also der „gelbe Harmoniesanctismus, um jeden Preis“ schon gebracht! Und diese selbe gelbe Bewegung, die deutsche Arbeiter auf das geistige und sittliche Niveau der unter der Peitsche des Kapitäns kuschelnden Ruten herabdrückt, schimpft sich dann obenbrein noch „national“! In Wahrheit aber erweisen die in den gelben Domänen immer mehr einreisenden „russischen Zustände“ den gelben Sumpf als eine der ernstesten Gefahren für die Blüte und den Bestand unserer Nation und Kultur. Mit der Züchtung vorwärtiger Erbsen ist den Interessen des Vaterlandes nicht gehiebt. Vor allem aber sollten die nun in der Erscheinung tretenden gültigen Früchte der gelben Sumpfpflanze die Arbeiter der burbacher Hütte aus ihrer Letztgarnie anfrühen. Heraus, ihr Kollegen aus dem es Mannes Ehrer und Charakter werdenden gelben Sumpf! Schließt euch zusammen zu einem Schutz- und Trutzbündnis zur Wahrung und Verteidigung eurer Interessen und eurer Menschenwürde in christlichen Metallarbeiterverband. Nur dann wird es möglich sein, mit diesen unzulässigen russisch-sarasinischen Zuständen aufzuräumen.

**Geiz als.**

**Ein amtliches Zeugnis für die Arbeitszeitverkürzung.**  
Ein beachtliches Zeugnis für die Unmöglichkeit der Arbeitszeitverkürzung für die Gesamtproduktion findet sich, laut „Soziale Praxis“ in dem amtlichen Katalog über die deutsche Produktion auf der Londoner Weltausstellung. In der Einleitung, die dem Katalog vorangeschickt ist und die eine Schilderung des industriellen Aufschwungs Deutschlands seit 1870 enthält, wird auch das hervorragende Anteil des Arbeiters an dieser Entwicklung gebührend, auch wird auf den dem Arbeiter innewohnenden Reiz nach Bildung hingewiesen. Nach einer Aufzählung der hierzu geschaffenen Gelegenheiten wird festgestellt, daß damit der deutsche Arbeiter herangebildet seien, die zu den „bestqualifizierten Arbeitkräften der Welt“ gehören. Dann heißt es weiter:

„Alle diese Einrichtungen (Bildungsgelegenheiten, Festhalten, Volkshochschule usw.) ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intensität produziert werden kann, wie man denn die Erfahrung gemacht hat, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme derselben im Gefolge hat.“  
Diese amtliche Erkenntnis, die hier dem Ausland vorgetragen wird, muß natürlich auch für die heimische Sozialpolitik der Behörden Geltung haben.

**Briefkasten.**

Des Weihnachtsfestes wegen ist Redaktionsschluss für die Nr. 52 bereits am Freitag, den 22. Dezember. Für diese Nummer bestimmte Versammlungsanzeigen müssen spätestens Samstag früh mit der ersten Post auf der Hauptgeschäftsstelle eingegangen sein.

**Sterbetafel.**

**Olberg.** Am 9. Dezember starb unser Kollege Lorenz Nalhen im Alter von 58 Jahren an Lungenkrankheit.  
**Reheim.** Am 8. Dezember starb unser Kollege Fritz Poggel, Klempner, im Alter von 19 Jahren an Lungenleiden.  
**Bodenwöhr.** Am 19. November starb unser treuer Kollege, der Mitbegründer des früheren Berg-, Salinen- und Hüttenarbeiter-Verbandes, Nikolaus Wierberth, im Alter von 70 Jahren.  
**Schwelm.** Am 22. November starb unser Kollege Julius Schlemmer im Alter von 36 Jahren an Lungenentzündung.

**Ehre ihrem Andenken!**

**Versammlungs-Kalender.**

Kollegen und Kolleginnen!  
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Samstag, den 16. Dezember.**

Berlin. Jeden 3. Samstag im Monat allg. Mittgl.-Vers. Fortmund i. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus. Düsseldorf-Beitrath. Abends 9 Uhr bei Kampenacker, Mittelstraße, Bezirks-Versammlung.  
Düsseldorf-Nord. Abends 9 Uhr bei Floss, Albederstraße, Bezirks-Versammlung.  
Düsseldorf-Bilk-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Bilkeralle Ecke Kronenstr., Bezirks-Versammlung.  
Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Paul, Bahnstraße.  
Duisburg-Kleinogewebe. Abends 8.30 Uhr bei Gaeckert, Ecke Wall- und Friedrich-Wilhelmstr.  
Essen-Steele-Kraß. Abends 8.30 Uhr in Steele bei Seebohn. Agitationsversammlung.  
Essen. Abends 8.30 Uhr im Reimarschen Hof, Wörthstr.  
Essen-Gilde. Abends 8.30 Uhr bei Keller.  
Essen-Bockerheide. Abends 8.30 Uhr bei Fennemann.  
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Biererei, Weitestraße.  
Köln-Silla. Abends 9 Uhr bei Wierker, Werrenrotherstraße.  
Mittwe. Abends 8.30 Uhr bei H. Hofenbahl, Würdener.  
Reheim. Abends 8.30 Uhr Bezirksversammlung bei Binsch, Hauptstr.  
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.  
Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Hof“.

**Sonntag, den 17. Dezember.**

München. Nachm. punkt 2 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Er-scheinen Pflicht.  
Berlin-Oberschöneheid. Vorm. 11 Uhr bei Dlesch.  
Dresden. Vorm. 11 Uhr in der Reichshalle.  
Fortmund-Witten. Nachm. 4.30 Uhr bei Wiede, Auguststr.  
Fortmund-Berne. Nachm. 5 Uhr bei Nagel.  
Duisburg-Geel. Vorm. 11 Uhr bei Zimmer, Kaiserstr.  
Duisburg. Morgens 10 Uhr bei Schenkel (Am Marktor) Rednerkurs. Mejerent Bezirksleiter Schmitz aus Köln.  
Duisburg. Nachm. 5 Uhr mit Frauen im Lokale Gieshen, Bannheimerstraße.  
Düsseldorf. Nachm. 2.30 Uhr bei Janzen, Kaiserstr. Generalversammlung. Jahresbericht und Vorstandswahl.  
Düsseldorf-Erkrath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße, Bezirksversammlung.  
Düsseldorf-Fingern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbach, Birken-Edl-Büchlerstraße, Bezirksversammlung.  
Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „Roten Hahn“, bei Steinmann, Gwallingerstr. Referent Kollege Graf.  
Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Güder, Am Markt, Kölnerstraße, Bezirksversammlung.  
Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Jos. Schulten, Münsterstraße, Bezirksversammlung.  
Essen-Altenessen. Abends 6 Uhr bei Esser.  
Essen-Stadt. Vorm. 11 Uhr „Alfredshaus“, Frohnhauserstr. 19.  
Essen-Frohnhäuser. Abends 8 Uhr bei Potzleker, Frohnhauserstr.  
Essen-Mitteneid. Abends 8 Uhr bei Waldner, Müntenscheiderstr.  
Essen-Nellingshanen. Abends 6 Uhr bei Wirt Schwoer. Mit Frauen.  
Essen-Kirchen-Bulke. Vorm. 11 Uhr bei Weischede.  
Essen-Jugendliche. Nachm. 2 Uhr bei Eichhoff für sämtliche Organisationen. Wichtiger Vortrag.  
Essen-Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Staun.  
Jugoslawien. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus. Mitgliedsbücher mitbringen.  
Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Fassbender, Hauptstraße 28.  
Köln-Buchheim. Nachm. 5 Uhr bei Busch.  
Köln-Dellbrück. Abends 8 Uhr im Versammlungslokal.  
Köln-Sollweide. Morgens 11 Uhr Jugenderfassung bei Hügel.  
Köln-Hub. Strum. Seiken. Nachm. 4 Uhr bei Süder in Mülheim, am Froheneid. Ref. Kollege Stiefeler.  
Reheim-Dreimen. Nachm. 3 Uhr bei Dierckede.  
Reheim-Dortwinkel. Abends 7 Uhr bei Damm.  
Rath-Deumach. Nachm. öffentl. Vers. bei W. Demmer in Urbach.  
Siegburg. Abends 8 Uhr im Lokale Miuoriten außerordentl. Vers.  
Tiensta, den 19. Dezember.  
Gelsenkirchen-Süllen. Abends 6.15 Uhr bei Stadtschule.  
Mülheim-Rhein. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag bei Meißel.

**Mittwoch, den 20. Dezember.**

Reheim. 1. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Stebert, Kaiserhof.  
Donnerstag, den 21. Dezember.  
Dortmund II. Abends 7.30 Uhr bei Bergermann, Öpfermühlstr.  
Freitag, den 22. Dezember.  
Worabheim-Erfingen. Abends 8.30 Uhr im Engel. Ref. Kollege Bogner-München.

**Samstag, den 23. Dezember.**

Glabbe. Abends 7.30 Uhr bei Norpott (christl. Gewerkschaftshaus).  
Gevelsberg. Abends 8.30 Uhr bei J. Schüller, Mittelstr.  
Gamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Kaiserstr. 97.  
Worabheim-Stadt. Abends 8 Uhr im Prinz Max, allg. Kartellver. Ref. Kollege Bogner-München.

**Sonntag, den 24. Dezember**

Gammerich. Vorm. 11 Uhr bei Burgard. Ref. Kollege Franzen.  
Köln-Grenfeld. Morgens 11 Uhr bei Norddörfer, Reppelerstr.  
Köln-Kall. Morgens 11 Uhr bei Gümgesberg, Brennerstr.  
Köln-Gumboldt-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Gut, Waffstr.  
Mülheim (Kreis Rees). Nachm. 4 Uhr in Frauen bei Dwe. Samens. Ref. Kollege Franzen.